

Faculteit der Letteren

Duitse Taal en Cultuur

Studiejaar 2019-2020

Rechtspopulistische Einflüsse auf die etablierten Parteien

Deutschland und die Niederlande im Vergleich

Koolen, L.P.M. (Lennaert)

S4750330

Begeleider:

Dr. Christoffer Thesing

Radboud Universiteit



Rechtspopulistische Einflüsse auf die etablierten Parteien
Deutschland und die Niederlande im Vergleich

Abstract

In dieser Arbeit wird geforscht ob, seit dem Aufkommen des Rechtspopulismus in der deutschen und niederländischen Politik, mehr rechtspopulistische Aussagen in den Programmen der deutschen und niederländischen Kartellparteien verwendet wurden. Erstens wird erklärt, was Populismus und Rechtspopulismus ist, danach was Kartellparteien sind und welche deutschen und niederländischen Parteien zu ihnen gehören. Um zu analysieren, ob sich die Parteiprogramme geändert haben, werden bestimmte Teile dieser Programme mithilfe eines Analyseschemas, in dem alle Hauptpunkte des Rechtspopulismus berücksichtigt werden, analysiert. Das Ergebnis ist, dass die Anzahl der populistischen Rechtsausdrücke unter den deutschen Parteien zunimmt. Die Nutzung rechtspopulistischer Aussagen ist bei den niederländischen Parteien nicht konsequent erhöht.

Inhaltsverzeichnis

Abstract.....	iii
1. Einleitung.....	1
2. Theoretischer Rahmen	3
2.1 Populismus.....	3
2.2 Rechtspopulismus	5
2.3 Parteiensystem	8
2.4 Parteien.....	13
2.4.1 Die neuen, rechtspopulistischen Parteien.....	13
2.4.2 Kartellparteien.....	15
3. Analyseverfahren	20
4. Auswertung der Programme	23
4.1 CDU/CSU und FDP	23
4.2 CDA und VVD	24
5. Diskussion und Reflexion.....	27
6. Quellenangabe	30
Anhang	a
1A. Niederländische Parlamentswahlen, seit 1959	a
1B. Niederländische politische Parteien seit 1959	b
2. Übersicht der analysierten Kapitel	c
3. Analyseschema	h
4. Auswertung der Parteiprogramme	i
CDU/CSU.....	i
2009.....	i
2013.....	i
2017.....	k
FDP	l
2009.....	l
2013.....	n
2017.....	o
CDA.....	q
2002.....	q
2006.....	s
2010.....	t
VVD.....	u
2002.....	u
2006.....	v
2010.....	w
5. Auswertungstabelle.....	y

1. Einleitung

Rechtspopulismus wird sowohl in Deutschland als auch in den Niederlanden nicht nur in der Politik, sondern auch in der Gesellschaft zu einem immer größer werdenden Thema.

Beispielsweise haben viele Zeitungen in ihrer Online-Umgebung eine speziell gestaltete Seite, die sich speziell mit Rechtspopulismus befasst (vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, o.D.; Süddeutsche Zeitung, o.D.; ZEIT, o.D.). Weshalb Rechtspopulisten mehr Boden gewinnen hat keine eindeutige Erklärung, doch bestimmte Merkmale, wie weiter in dieser Arbeit auch zu lesen ist, kommen immer wieder zurück. Als Beispiel gibt Binder (2005) an, dass es zwei Hauptursachen gäbe: die sozioökonomischen Veränderungen und das Versagen der Kartellparteien, sich an die moderne Zeit anzupassen.

Die Tatsache, dass der Rechtspopulismus an Boden gewinnt, zeigt sich auch in den Parlamenten beider Länder. In den letzten Jahrzehnten konnte man nämlich in der politischen Landschaft einen Wandel erkennen, die sich nicht ohnehin erklären lässt. Die Parteisysteme beider Länder haben sich geändert, was nicht nur zur Folge hatte, dass man heutzutage in den Niederlanden dreizehn unterschiedliche politische Parteien im Parlament hat (VVD; PVV; CDA; D66; GroenLinks; SP; PvdA; ChristenUnie; Partij voor de Dieren; 50PLUS; SGP; DENK & Forum voor Democratie, siehe auch Anhang 1A & 1B), aber auch dass ein Teil dieser neuen Parteien dem rechtspopulistischen Spektrum angehören.

Diese Entwicklung hat sich in Deutschland sich über die letzten Jahrzehnte hinaus auch durchgesetzt, aber langsamer extrem als in den Niederlanden. Dies hat ohne Zweifel mehrere Gründe, wovon der 5 %-Sperrklausel, was bedeutet, dass eine Partei mindestens 5 % der ausgebrachten Stimme braucht um in sich in den Bundestag hinsetzen zu können, wahrscheinlich eine ist. Dies hat zur Folge, dass man in Deutschland zwar mehr Parteien zählen kann als in den letzten Jahrzehnten, aber dass die Anzahl dieser Parteien momentan auf nur sechs beschränkt ist (Die Linke; Bündnis 90/Die Grünen; FDP; AfD; SPD & CDU/CSU).

Der Fakt, dass es in den letzten Jahrzehnten Änderungen gegeben hat, steht. Aber die Frage, wie es zu einem großen Wandel kam und was diese zur Folge hat, ist nicht einfach zu beantworten. Wie schon erwähnt, gibt es eine große Menge Parteien, die über die Jahre hinaus ständig gewachsen hat. Ziel dieser Arbeit ist zu untersuchen, welche Einflüsse diese neuen Parteien auf die bereits etablierten Parteien im Parlament haben.

Das Ergebnis dieser Arbeit kann von Bedeutung sein, um die Weiterentwicklung der Kommunikationsweise aufzuzeigen, insbesondere in den Parteiprogrammen. Wenn die untersuchten Parteien mehr rechtspopulistische Aussagen enthalten als in den vorherigen Parteiprogrammen, ist logischerweise zu erwarten, dass sich diese Entwicklung bis zu einem gewissen Grad fortsetzt.

Die Forschungsfrage, die für die Forschung formuliert worden ist, lautet:

„Inwiefern sind die deutschen und niederländischen Kartellparteien von den neueren, rechtspopulistischen Parteien in ihren Parteiprogrammen beeinflusst worden?“

Zu dieser Forschungsfrage gehören drei Unterfragen:

1. Was ist Rechtspopulismus?
2. Was sind die deutschen und niederländischen Kartellparteien?
3. Was sind die neuen, rechtspopulistischen Parteien?

Um diese Fragen beantworten zu können, wird erstens beschrieben, was Populismus und Rechtspopulismus ist (Kapitel 2.1 und 2.2). Danach werden die deutschen und niederländischen Kartellparteien beschrieben. Letztens werden die deutschen und niederländischen rechtspopulistischen Parteien beschrieben (Kapitel 2.4).

Nach der Beantwortung obenstehender Fragen, wird die Analyse durchgeführt. Die Auswertungen werden in Kapitel 4 und 5 besprochen. Die Analyse besteht aus dem Vergleich der Parteiprogramme der etablierten Parteien. Anhand bestimmter Kriterien (Kapitel 3) können bestimmte Aussagen oder Meinungen im Programm auf populistische Einflüsse analysiert werden.

2. Theoretischer Rahmen

2.1 Populismus

Populismus wird als Begriff oft benutzt, lässt sich aber nicht leicht erklären. So nennen Mudde und Kaltwasser in ihrem Buch *Populism: A Very Short Introduction* (2017) nicht nur mehrere Einstellungen bezüglich des Begriffs, sondern auch Bedeutungsunterschiede je nach Region. So erwähnen sie, dass er in Südamerika benutzt wird, um Präsidenten mit linker Orientierung zu benennen, in Nordamerika für Präsidentschaftskandidaten von sowohl linker als auch rechter Seite und in Europa für Gegenströmungen von der rechten Seite (Mudde & Kaltwasser, 2017, S. 1).

Weil in dieser Bachelorarbeit ein innereuropäischer Vergleich zwischen den Niederlanden und der Bundesrepublik Deutschland im Fokus steht, wird die europäische Bedeutung nach Mudde & Kaltwasser verwendet. Die drei speziellen niederländischen Gemeinden im südamerikanischen Raum werden nicht berücksichtigt. Einerseits umfassen sie nur 0,1 % der Totalbevölkerung¹ (25 000 Einwohner; Centraal Bureau voor de Statistiek, 2018) und andererseits entscheiden die Einwohner – obwohl sie sich in Südamerika befinden – zusammen mit jenen des europäischen Teils über die Zusammenstellung der niederländischen Zweiten Kammer. Zu erwarten ist deswegen, dass die niederländischen Einflüsse schwerer wiegen als jene aus benachbarten südamerikanischen Gebieten.

Zur Erklärung des Begriffs ‚Populismus‘ nennen Mudde und Kaltwasser fünf Vorgehensweisen. Vier von ihnen werden im Folgenden erklärt. Das Konzept, das nicht erklärt wird, ist der ‚socioeconomic approach‘ (Mudde & Kaltwasser, 2017, S. 3). Es nimmt keinen Bezug auf die europäische Situation, sondern vor allem auf die südamerikanische.

Erstens erwähnen sie den ‚popular agency approach‘. Diese Bedeutung lässt sich am unkompliziertesten erklären, da sie den Populismus als eine demokratische Lebensart darstellt, die auf dem politischen Engagement der Gesellschaft aufgebaut sei. In dieser Vorgehensweise ist also jeder Politiker, der dafür sorgt, dass das Volk im politischen Prozess involviert ist, als Populist zu deuten. Diese Erklärung weicht aber davon ab, was im Generellen über den Begriff gedacht wird, da das Begriff Populismus eher als eine separate Strömung gesehen wird. Diese Vorgehensweise ist vor allem im nordamerikanischen Kontext populär (Mudde & Kaltwasser, 2017, S. 3).

Zweitens nennen sie den ‚Laclau approach‘. Dieses Konzept geht davon aus, dass die liberale Demokratie, in der die Deutschen und Niederländer leben, ein schwerwiegendes Problem sei. In dieser Begriffserklärung sei die radikale Demokratie (womit die populistische

¹ Totalbevölkerung der Niederlande ist am 10. Mai 2018 17.317.000 (abgerundet) (Centraal Bureau voor de Statistiek, 2019).

Vorgehensweise gemeint ist) die einzige Lösung, da sie der Bevölkerung ermöglicht, ihre Meinung zu äußern (Mudde & Kaltwasser, 2017, S. 3).

Das nächste Konzept wird von Mudde und Kaltwasser (2017, S. 4) als südamerikanisch und nicht westeuropäisch benannt. Diese Erklärung lässt sich aber auch gut auf die niederländische Situation beziehen. Mudde und Kaltwasser haben das Konzept Populismus hier als eine Parteistrategie beschrieben. Ein bedeutsames Merkmal von dieser ist, dass es einen starken und charismatischen Parteiführer gebe, der Macht und eine direkte Verbindung zur Masse innehat (Rooduijn, 2013, S. 5). Dies lässt sich vor allem auf die niederländische Situation beziehen; der Parteiführer der PVV (Partij voor de Vrijheid, Niederlande, Parteiführer: Geert Wilders) ist die zentrale Macht der Partei. Zudem symbolisiert er die Verbindung zur Masse. Da die AfD anders strukturiert ist (Es ist möglich, Mitglied der AfD zu werden, bei der PVV nicht), kann dies nicht wortwörtlich ins deutsche System übersetzt werden, zeigt sich in diesem aber auch in geringerem Ausmaß.

Zuletzt benennen Mudde und Kaltwasser eine Art volkstümlicher Politikstile. Diese Erklärung geht darauf ein, dass die Parteien und Parteiführer sich bemühen, so viel Aufmerksamkeit wie möglich zu kreieren (Mudde & Kaltwasser, 2017, S. 4). Beispiele sind die Anwesenheit bei Fernsehprogrammen, viele öffentliche Veranstaltungen und die entsprechende Auswahl der im Parlament benutzten Wörter. Wilders hat beispielsweise das Wort *Kopvoddentaks* (eine Steuer auf islamitische Kopftücher, beleidigend) zu einem Begriff geprägt, der viel Aufmerksamkeit in den Niederlanden erregt hat. Andererseits hat Gauland die nationalsozialistische Geschichte Deutschlands dadurch bagatellisiert, dass er Hitler und die Nationalsozialisten als einen ‚Vogelschiss‘ in Deutschlands langer Geschichte bezeichnete (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2018). Obwohl diese Beispiele eher zu negativer Aufmerksamkeit geführt haben, gilt für die beiden Parteien: Aufmerksamkeit ist Aufmerksamkeit. Positive Reaktionen sind nicht notwendig, um ein Publikum zu erschaffen, da beide Parteien diese negativen Kommentare in andere populistische Leitmotive umwandeln können. Für sie steht im Fokus, dass ihr Name (wieder) von den Medien verbreitet wird.

In seiner Doktorarbeit sucht Rooduijn (2013) ebenfalls bestimmte Interpretationen des Begriffs. Seine Erklärungen sind weniger umfangreich, aber nicht vom geringeren Wert. Rooduijn benutzt nur drei Vorgehensweise statt der fünf Begriffserklärungen von Mudde und Kaltwasser. Dabei handelt es sich ebenfalls um drei verschiedene populistische Strömungen: eine für die politische Organisation, eine für den politischen Stil und eine für die Ideologie der populistischen Parteien (Rooduijn, 2013, S. 5).

Mit Populismus als politischer Organisation wird eine Struktur bezeichnet, in der es, wie oben sowie von Mudde & Kaltwasser erwähnt, einen starken Parteiführer gibt, der von seiner Anhängerschaft unterstützt wird. Die politische Stil der populistischen Parteien basiert auf den

„normalen“ Bürgern und kreiert in diesem Sinne ein Misstrauen gegenüber den etablierten Parteien beziehungsweise den Politikern, die zu diesen gehören (Rooduijn, 2013, S. 5).

Auch beschreibt Rooduijn die Ideologie, die er, wie Mudde und Kaltwasser, eine „thin-centered ideology“ (Rooduijn, 2013, S. 5; Mudde & Kaltwasser, 2017, S. 6) nennt. Diese geht darauf ein, dass die populistischen Parteien eine ‚dünne‘ Ideologie haben. Hauptziel dieser Parteien ist nicht das Durchführen einer bestimmten Ideologie an sich, sondern, dem Willen des *populus* (Lat. für ‚Volk‘) zu folgen und die etablierten Parteien abzulehnen.

Weil viele unterschiedliche Erklärungen zum Populismus existieren, die je nach Region abweichen, ist es schwierig, eine richtige Definition zu geben. Auch die Merkmale, an denen Populismus erkannt werden könnte, sind schwierig zu definieren. Um eine verwendbare Definition für diese Arbeit zu finden, wurde entschieden, wie Rooduijn in seiner Doktorarbeit, die Definition nach Mudde und Kaltwasser zu nutzen:

[...] populism as a thin-centered ideology that considers society to be ultimately separated into two homogeneous and antagonistic camps, “the pure people” versus “the corrupt elite,” and which argues that politics should be an expression of the *volonté générale* (general will) of the people. (Mudde & Kaltwasser, 2017, S. 6)

Diese Definition besteht aus mehreren bedeutsamen Einzelheiten. Sie stellt dar, wie oben erwähnt, dass Populismus eine „thin-centered ideology“ ist und zwei gesellschaftliche Gegenstände gegenüberstellt. Schlüsselbegriffe zur Analyse des Populismus sind also die Gesellschaft, die korrupte Elite und der generelle Wille. Fragen, die während der Analyse gestellt werden müssten, sind deshalb:

- „Inwiefern stimmt diese Aussage dem ‚generellen Willen‘ (*volonté générale*) zu?“
- „Inwiefern stellt diese Aussage die politische Elite als Feind dar?“
- „Inwiefern stellt diese Aussage die Gesellschaft in den Vordergrund?“

2.2 Rechtspopulismus

Es ist bedeutsam, zu bemerken, dass Populismus sowohl an der rechten als auch der linken Seite des politischen Spektrums möglich ist. Trotzdem wird diese Arbeit sich nicht mit Linkspopulismus beschäftigen; der Fokus liegt auf Rechtspopulismus. Oben erwähnte Definitionen zum Populismus stimmen aber für beide Seiten des Spektrums. Um zu einer genaueren Definition zu kommen, werden in diesem Abschnitt die spezifischen Merkmale des Rechtspopulismus genannt.

Wie Mudde und Kaltwasser (2017) beschrieben, geht es im europäischen Kontext meistens darum, sich gegen Immigration zu wenden und sich in einer xenophobischen Art zu verhalten (S. 2). Sie bringen dies nicht unmittelbar mit Rechtspopulismus in Verbindung. Um Letzteren daher erklären zu können, werden mehrere Merkmale benutzt. Dazu kommt, dass spezielle nur für

Europa geeignete Merkmale betrachtet werden müssen. Hierbei stehen beispielsweise die europäische Integration und die deutsche Willkommenskultur im Mittelpunkt. Europa- und Asylkritik sind auch in den Parteiprogrammen der AfD (2017) und PVV (2017) – beides rechtspopulistische Parteien, wie im Folgenden erklärt wird – zu erkennen.

Weil Rechtspopulismus nicht eine eigenständige politische Strömung, sondern eine politische Subströmung ist, wird der Begriff hier nicht so ausführlich wie Allgemeinpopulismus (wie oben beschrieben) ausgearbeitet. Vielmehr werden die drei Hauptthemen des Populismus im rechtspopulistischen Kontext gedeutet.

Es ist schwierig zu bestimmen, was die *volenté générale* genau beinhaltet, da sie sich je nach Situation ändern kann. Für das ‚Problem‘, das sich aus diesem generellen Willen ergibt, haben aber sowohl AfD als auch PVV fast immer eine Lösung vorgesehen. Im Parteiprogramm der AfD ist zum Beispiel bereits auf Seite sieben, der ersten Seite des Programms, zu lesen: „Ohne Volkssouveränität keine Demokratie“ (AfD, 2017). Bei der PVV – obwohl sie bei den letzten Wahlen kein Programm wie die anderen Parteien hatte (das PVV-Programm war aus einer A4-Seite aufgebaut und umfasste elf Hauptpunkte) – ist aber ebenfalls zu sehen, dass die beiden Parteien in diesem Punkt übereinstimmen: Punkt 3: „Directe democratie: invoeren bindend referendum, burgers krijgen macht“ [Direkte Demokratie: verbindliches Referendum errichten, Bürger bekommen Macht] (PVV, 2017). Durch dieses Statement verpflichten die Parteien sich dazu, immer die *volenté générale* zu betrachten, da das Volk immer mitentscheiden kann.

Der nächste Punkt hinsichtlich dessen, inwiefern die Parteien die politischen Eliten als Feind darstellen, lässt sich wie folgt im rechtspopulistischen Zweig übersetzen. Für europäische Rechtspopulisten steht in diesem Punkt das antieuropäische Verhalten sowie das Anti-Establishment-Verhalten der eigenen, inländischen Politik. Ersteres lässt sich im Programm der AfD an verschiedenen Stellen gut hervorbringen; ein eigenes Kapitel beschäftigt sich mit dem Euro. Die PVV hatte während der letzten Wahlen kein mit der AfD vergleichbares Wahlprogramm, trotzdem zeigt Punkt 2 eine Form von Euroskepsis: „Nederland weer onafhankelijk. Dus uit de EU“ [Die Niederlande wieder unabhängig. Deshalb aus der EU] (PVV, 2017). Das inländische Anti-Establishment-Verhalten geht davon aus, dass die politische Elite das Volk nicht repräsentierte. Die rechtspopulistischen Parteien richten sich in dem Fall auch gegen die ‚Kartellparteien‘ (siehe unten), da sie während der letzten Jahrzehnte die Macht ohnehin verteilen konnten.

Zum Aspekt des Feindbildes dieser Parteien gehören auch Aussagen und Haltungen darüber, inwiefern die Medien voreingenommen und links seien. Eine Reform oder die Abschaffung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sei deshalb laut diesen Parteien gut (Huber, 2016 (AfD); de Vries, 2014 (PVV)). Es geht beiden Parteien darum, dass die Medien ein nichtneutrales Bild der Gesellschaft erschaffen und deshalb die Gesellschaft nicht auf eine ehrliche Weise informieren würde. Außerhalb des Parlaments versuchen Populisten deshalb, ihr Publikum

über moderne Medien wie Facebook, Twitter und Instagram zu erreichen. Diese sind mittlerweile auch von den etablierten Parteien entdeckt worden, geben aber dennoch den populistischen Parteien die Möglichkeit, sich ohne Einmischung anderer Personen zu äußern. Grund dafür ist, dass Inhalte betrachtet werden, die die Parteien selbst auf sozialen Medien teilen, nicht aber jene, die zunächst verschiedene Redakteure und Journalisten über die Parteien schreiben.

Der letzte Punkt, inwiefern die Parteien die Gesellschaft in den Vordergrund stellen, beinhaltet mehrere Merkmale. Ein Beispiel ist die Rente: Die AfD betrachtet sie als bedeutsam und möchte „den Menschen in unserem Land wieder Sicherheit im Arbeitsleben und im Alter [...] geben“ (AfD, 2017, S. 57). In den Niederlanden verhält es sich ähnlich, aber dort wird spezifisch das alte Rentenalter² genannt: „AOW-leeftijd op 65 jaar [...]“ [Rentenalter auf 65 Jahre] (PVV, 2017, Punkt 6). Mehr Geld für Polizei und Armee sowie niedrigere Mietpreise gehören auch zu diesem Aspekt.

Bedeutsam bezüglich des letzten Punktes ist, dass europäische Rechtspopulisten häufig islamkritisch sind und deshalb, im Fall der AfD und PVV, gegen weitere Immigration, vor allem aus dem Mittleren Osten und Afrika. Dieser Aspekt des Rechtspopulismus ist laut Wodak, Khrosnavik & Mral (2013) Teil des Nativismus, den alle oder zumindest ein Großteil der rechtspopulistischen Parteien teilen (S. 240). In ihrem Essay „Gender and right-wing populism in the Low Countries“ wird diese Behauptung von De Lange & Mügge (2015) bestätigt, weil die Werte des Islams nicht mit den westlichen Werten übereinstimmen könnten (ebd., S. 65). Zu dieser Islamkritik gehört auch, dass die rechtspopulistischen Parteien gegen die heutige massenhafte Immigration sind.

Ein Beispiel, das die Islamkritik mit dem Voranstellen der Bevölkerung verknüpft, ist, dass der Islam in den Augen der rechtspopulistischen Parteien zum ‚Sündenbock‘ wird. Immer mehr Personen fühlen sich durch viele Muslime im eigenen Land entfremdet. Wenn man sich auf der Straße befinde, fühle man sich, als bei man nicht mehr in Deutschland oder den Niederlanden (Rosa, 2015; Klomp & Keultjes, 2017). Dieser Eindruck wird von den rechtspopulistischen Parteien benutzt, um zu darzustellen, dass der Islam eine Gefahr der Gesellschaft sei. Um die Bevölkerung daher an die erste Stelle zu setzen, sollte (islamitische) Immigration aufhören und müssten die schon eingereisten Immigranten sich besser an die leitende Kultur des Landes anpassen.

Zusammengefasst können die drei oben genannten Punkte (die Zustimmung des *volonté générale*; die Elite als Feind darstellen; und die eigene Gesellschaft voranstellen) mit den oben genannten Beispielen zum Rechtspopulismus verknüpft werden. Konkret gehören beispielsweise mehr Volkssouveränität und Referenden zum ersten Punkt, damit die Möglichkeit bleibt, dem generellen Willen zuzustimmen. Unter dem zweiten Punkt können beispielsweise die EU-Skepsis, allgemeine Medienskepsis und eine Abneigung gegenüber der etablierten Macht eingeordnet werden, da

² 2012 wurde das Rentenalter von 65 Jahre erhöht nach, stufenweise, 67 Jahre und drei Monate (Wet verhoging AOW- en pensioenrichtleeftijd, 2012)

unter anderem diese Institutionen die Elite vertreten und von dieser Position aus das Volk beeinflussten. Letztlich gehören gute Altenpflege (inkl. Rente), mehr Geld für Polizei und Armee und Islamkritik (sowie Immigrationskritik) zum letzten Punkt.

Aus diesen Aspekten wird im nächsten Kapitel (Methode) ein Kodierungssystem entworfen, mit dem die Parteiprogramme der etablierten Parteien sich auf rechtspopulistische Merkmale analysieren lassen.

2.3 Parteisystem

In diesem Kapitel wird das Parteisystem nach Katz & Mair (1995) erklärt. In ihrem Aufsatz erklären Letztere die Wandel der politischen Parteien über die Jahre. Insgesamt gilt, dass, weil das Elektorat sich ausgebreitet hat, Parteien immer abhängiger vom Staat und deswegen zum Teil von diesem geworden sind. Das unten stehende Parteimodell ist bedeutsam, um bestimmen zu können, was die etablierten Parteien oder Kartellparteien sind. Es ermöglicht aber auch, einen Grund für diese Änderung geben zu können. Falls die Parteien sich nicht an die neuen rechtspopulistischen Parteien anpassen, könnten deren Wähler zu einer anderen Partei überlaufen.

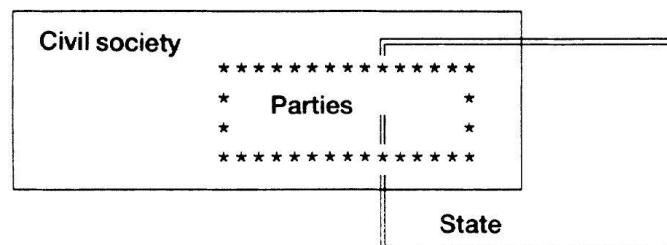


Abbildung 1: Kaderparteien (Katz & Mair, 1995, S. 10)

Katz & Mair (1995) beginnen mit den Kaderparteien³. Diese Parteistruktur gehört zur „régime censitaire“ (Ende 19. Jahrhundert/Anfang 20. Jahrhundert; S. 9), in der das Wahlrecht auf die männliche Oberklasse beschränkt war, obwohl im Gesetz von allgemeinem Wahlrecht gesprochen wurde (§ 1 Wahlgesetz für den Reichstag des Norddeutschen Bundes (1869); Pfizer, 1892, S.521; §3 Abs. 1 S. 79 Grondwet voor het Koninkrijk der Nederlanden (1848)).

Die Beschränkungen des Wahlrechts haben zur Folge, dass diejenige die wählen konnten, oft selbst Teil des Staates waren und gleichzeitig Teil der Gesellschaft waren. Parteien in diesem System können laut Katz und Mair deshalb mit einem Komitee verglichen werden, in dem ein Anteil der Bürger mit Wahlrecht vertreten war (ebd., S. 9). Unter anderem Otjes (2013) nennt diese Parteien in seinem Aufsatz auch ‚Kamerclubs‘ [parlamentäre Klubs]. Bedeutsam dabei ist, dass

³ Diese Parteien werden in ihrem Aufsatz „cadre“, „caucus“ oder „elite parties“ genannt (Katz & Mair, 1995, p. 10)

diese ‚Klubs‘ kein einheitliches (oder kein) Parteiprogramm hatten und nur ein Zusammenschluss von Gleichgesinnten sind (vgl. Decker, 2018-a).

Das Wahlrecht für Frauen trat erst im Jahr 1918 im heutigen Deutschland (damals: Weimarer Republik; § 2 Reichswahlgesetz (1918)) in Kraft. Ein Jahr später wurde es möglich, es zu benutzen, weil die 1919er-Wahlen die ersten folgenden Wahlen waren (Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, o. D.). In den Niederlanden wurde es Frauen im Jahr 1917 ermöglicht, an den Wahlen teilzunehmen (§ 80 Grondwet voor het Koninkrijk der Nederlanden (1917)). Auch hier gilt, dass die 1919er-Wahlen die ersten Wahlen waren, bei denen Frauen ihr Wahlrecht benutzen konnten (Parlementair Documentatiecentrum, o. D.).

Diese wahlrechtlichen Änderungen, zusammen mit mehreren gesellschaftlichen, führten nicht nur zu einem immer größeren Elektorat, sondern verursachten eine Umwandlung des ganzen Systems.

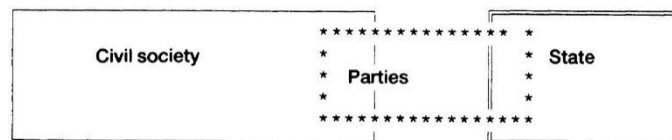


Abbildung 2: Massenparteien (Katz & Mair, 1995, S. 11)

Während der Periode, in der das Wahlrecht ausgeweitet wurde, gab es ein Aufkommen der ‚Massenparteien‘, deren Funktion und Arbeitsweise sich von Kaderparteien unterscheidet. Im Gegensatz zu Letzteren waren Massenparteien⁴ stark in der Gesellschaft verankert und die Mitgliedschaft ist etwas Bedeutendes. Im obigen Modell stehen die politischen Parteien deshalb zwischen der Gesellschaft und dem Staat. Sie sind also im Gegensatz zu Kaderparteien einzelne Instanzen, die als Funktion die Kopplung zwischen Staat und Gesellschaft ermöglichen. Als Beispiel gelten die sozialistischen Parteien, wie Katz & Mair (2015, S. 7) es auch benennen.

Massenparteien waren nicht nur in der Gesellschaft verankert, sondern sind auch aus dieser entstanden und haben, je nach Region, stark strukturierte Abteilungen (Decker, 2018-a). Diese Parteien haben die Kaderparteien, die keine oder wenig Unterstützung aus der Gesellschaft erhielten, so beeinflusst, dass sie dieses Modell teilweise übernommen haben (ebd., 2018). Bedeutsam hierbei ist, dass die gesellschaftliche Verankerung nicht einfach übernommen werden kann. Dafür ist starke gesellschaftliche Unterstützung notwendig. Weil das Wahlrecht ausgebreitet worden ist, konnten die Arbeiter auch wählen: für bessere Arbeitsumstände und weniger Macht für die Eliten.

⁴ Katz & Mair (1995), nennen diese Parteien in ihrem Aufsatz ‚mass parties‘.

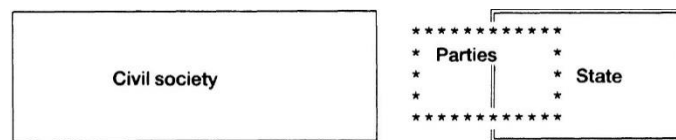


Abbildung 3: Allerweltparteien (Katz & Mair, 1995, S. 13)

Nachdem die Bevölkerung nach dem Zweiten Weltkrieg die internen Trennungen (katholisch-calvinistisch, ländlich-städtisch, usw.) immer mehr hinter sich ließ, sind infolgedessen die unterschiedlichen ‚Gesellschaftsabteilungen‘ mehr zusammengerückt, die für die Massenparteien bedeutsam waren (Gruppe A wurde Gruppe B gegenübergestellt). Dadurch ‚verschwammen‘ die klaren Trennungen in der Bevölkerung. Zudem spielten die ökonomische Blütezeit (nach dem Zweiten Weltkrieg) und der Einfluss der Massenmedien eine immer größere Rolle in diesem Prozess (Katz & Mair, 1995, S. 7). Dies sorgte dafür, dass das klassische Modell der Massenparteien nicht mehr für diese Zeit geeignet war. Die Parteien haben sich von einer starken gesellschaftlichen Verankerung hin zu einer anderen Parteiform gewandelt oder sind mit einer solchen ergänzt worden.

Wie im oben stehenden Modell zu sehen, haben die ‚Allerweltparteien‘⁵ keine direkte Verbindung mehr mit der Gesellschaft. Dies bedeutet aber nicht, wie unten im Kartellparteienmodell zu sehen, dass sie nicht mit für Gesellschaft engagiert sind. Das Modell ist so zu verstehen, dass die Parteien eine Ideologie haben, die zu schwach ist, damit eine starke Basis in der Gesellschaft kreiert werden kann, aber ausreichend stark, um eine große Menge an Wählern zu gewinnen, die sich über generelle Hauptpunkte einigen können.

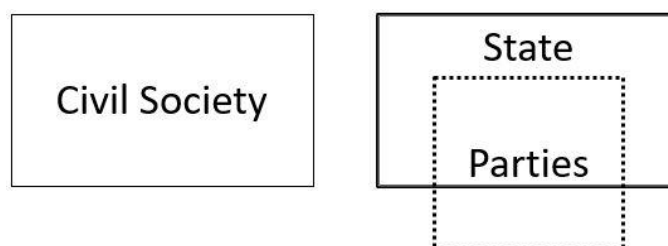


Abbildung 4: Kartellparteien

Als letztes Parteimodell gilt laut Katz & Mair (1995) die Kartellpartei. Deren Merkmale sind, dass sie professionell und zentralisiert ist sowie viel Geld für Wahlkampagnen zur Verfügung hat (ebd., S. 20). Bedeutsam dabei ist, dass das Geld nicht zwangsläufig von den Mitgliedern stammt, aber die Parteien, weil sie jetzt professionelle Entitäten sind, von den Staaten finanziert werden. Auch die Politiker werden von den Staaten als eine Art Vollzeitmitarbeiter finanziert (ebd., S. 22).

⁵ Katz & Mair (1995), nennen diese Parteien in ihrem Aufsatz „catch-all parties“.

Sowohl in Deutschland als auch in den Niederlanden ist das oben Erklärte der Fall. Die Parteien und die Mitglieder des Parlaments werden aus staatlichen Mitteln finanziert. Parteien bekommen in beiden Ländern einen bestimmten Betrag, der auf der Stimme beziehungsweise auf Parlamentssitzen (und nicht auf den Mitgliedern)⁶ basiert (Deutscher Bundestag, 2020; §2 Abs. 7 S. 1 Wet financiering politieke partijen). Wie hoch die staatlich finanzielle Unterstützung ist, lässt sich je nach Partei unterscheiden. Im Durchschnitt, gilt, dass die Einnahmen deutscher und niederländischer Parteien etwa zur Hälfte aus Mitgliedbeiträgen und Spenden natürlicher Personen bestehen (Parlement.com, o.D.; Niedermayer, 2017-b). Abgeordnete bekommen, unabhängig von der Partei, eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 10.083,47€ pro Monat (Deutschland; § 11 Abs. 1 AbgG) oder 8.372,65€ pro Monat, exklusive Urlaubsgeld (Niederlande; § 2 Abs. 2 S. 1 Wet schadeloosstelling leden Tweede Kamer). Die Abgeordneten werden also nicht aus parteilichen Mitteln finanziert, was bedeutet, dass sie vom Staat und nicht zwangsläufig von der Partei (da sie sich auch von den Parteien absondern können) abhängig sind. Ob jeder Abgeordnete dies so sieht, ist aber je nach Person unterschiedlich.

Dass die Parteien (teilweise) von den Staaten finanziert werden, hat zur Folge – obwohl die Mitgliederbeträge noch immer einen bedeutsamen Anteil in den Parteifinzen ausmachen –, dass die Mitglieder für die Finanzierung der Parteien irrelevanter geworden sind. Das Resultat ist, dass die Anzahl der Parteimitglieder sowohl in Deutschland als auch in den Niederlanden ständig sinkt. Dies hat in den Niederlanden allerdings früher eingesetzt und vollzieht sich schneller als in Deutschland (Rijksuniversiteit Groningen, o. D.-a).

Diese Parteien sind nicht nur stark vom Staat abhängig, sondern waren in den letzten Jahrzehnten immer in der Lage, die Macht zu verteilen. Dies lässt sich für sowohl für Deutschland als auch für die Niederlande zeigen. In beiden Ländern waren die gängigen Parteien (CDU/CSU, FDP und SPD für Deutschland, und PvdA, CDA, D66 und VVD für die Niederlande) fast immer in einer bestimmten Kombination in der Regierung beteiligt. Es gibt für beide Länder jeweils eine Ausnahme: Eine Regierung war in Deutschland zwischen den Jahren 1998 und 2005 aus Den Grünen und der SPD zusammengesetzt (Bundeszentrale für politische Bildung, 2005). Die SPD gehört zwar zu den deutschen Kartellparteien (siehe unten), für Die Grünen gilt dies aber nicht. Für die Niederlande fand diese Ausnahmereperiode zwischen dem 22.07.2002 und dem 27.05.2003 statt. Währenddessen gab es eine Regierung von zwei Parteien, die als Kartellparteien betrachtet werden können (CDA und VVD), und einer rechtspopulistischen Partei (LPF; siehe unten).

⁶ In Deutschland bekommen Parteien staatliche, finanzielle Unterstützung falls sie in einer Europawahl oder Bundestagswahl 0,5% der gültigen Listenstimmen, oder bei einer Landeswahl 1,0% der gültigen Listenstimmen erzielt haben. (Bundestag, 2020). In den Niederlanden gilt, dass Parteien Unterstützung bekommen falls sie zumindest 1.000 Mitglieder haben, die zumindest 12€ pro Jahr zahlen und in der Partei Wahlrecht haben (§2 Abs. 7 S. 1 Wet financiering politieke partijen).

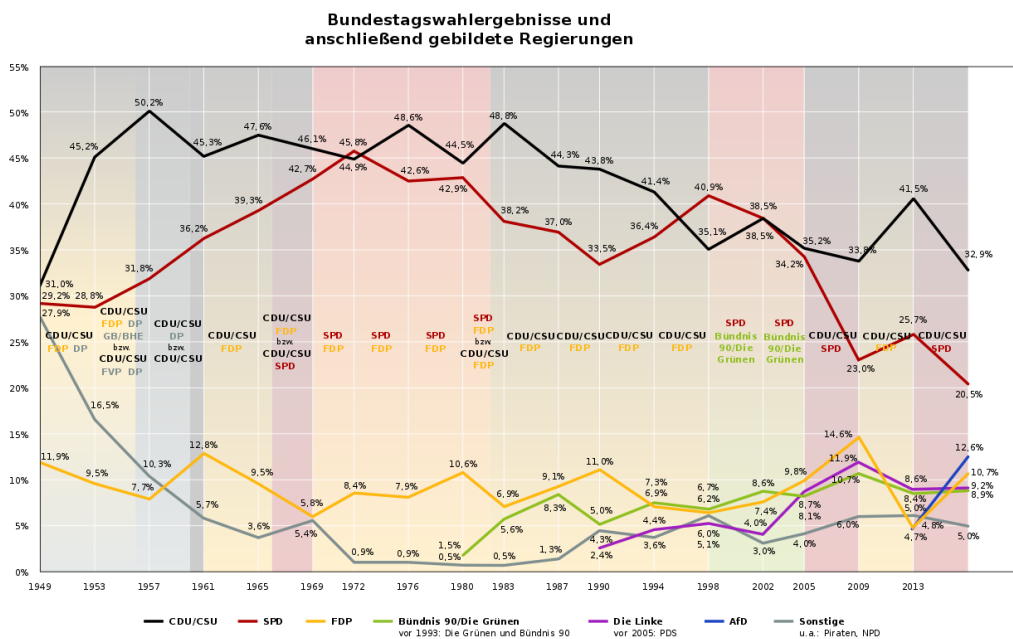


Abbildung 5: Bundestagswahlergebnisse seit 1949 (San Jose, 2009 (Hrsg.), DE)

Abbildung 6: Niederländische Regierungen seit 1977 (De Nederlandse Grondwet, o. D.)⁷

Wahlen	Regierungsparteien	Sitze im Parlament	Anteil Parlamentssitze
1977	CDA ⁸ , VVD	77	51,3 %
1981	CDA, PvdA, D66	109	72,7 %
1982	CDA, VVD	81	54 %
1986	CDA, VVD	81	54 %
1989	CDA, PvdA	103	69 %
1994	PvdA, VVD, D66	92	61 %
1998	PvdA, VVD, D66	97	65 %
2002	CDA, VVD, LPF	93	62 %
2003	CDA, VVD, D66	78	52 %
2006	CDA, VVD ⁹	71	47 %
2007	CDA, PvdA, CU	80	53,3 %
2010	VVD, CDA ¹⁰	52 (76)	34,7 % (50,7 %)
2012	VVD, PvdA	79	53 %
2017	VVD, CDA, D66, CU	76	50,7 %

⁷ Die Regierungen, die ohne eine der beteiligten Parteien weiter regiert haben, sind in dieser Tabelle nicht aufgenommen.

⁸ Das CDA wurde 1980 aus den Parteien KVP, ARP und CHU gegründet (siehe Anhang 1A und 1B).

⁹ Minderheitsregierung.

¹⁰ Mit Unterstützung der PVV, sie war aber offiziell kein Teil der Regierung.

2.4 Parteien

2.4.1 Die neuen, rechtspopulistischen Parteien

AfD

Die AfD ist im Jahr 2013 von Bernd Lucke gegründet worden. Ursprünglich war hierfür einerseits das proeuropäische Verhalten von Merkels Regierung, andererseits die Eurokrise verantwortlich: Lucke, zusammen mit anderen Ökonomen, wollte eine Alternative (deshalb auch: Alternative für Deutschland) für diesen Kurs bieten und stellte sich daher euroskeptisch auf (Decker, 2018-b). Seitdem Alexander Gauland und Frauke Petry im Jahr 2014 als Vorstandsmitglieder aktiv waren, wurden Themen wie Immigration und Islamkritik zur Sprache gebracht. Während des Essener Parteitags wurde Lucke als Vorsitzender von Petry ersetzt. Dies hat zur Folge, dass das Hauptthema der AfD sich immer mehr auf Immigration und den Islam bezieht und die ursprüngliche Ideologie der Partei in den Hintergrund rückt (ebd., 2018-b).

Dass die AfD momentan im Bundestag vertreten wird, ist nicht neu. Wie erwähnt wurde sie 2013 gegründet, aber war nach den Wahlen im Jahr 2013 noch nicht im Bundestag anwesend, da sie nur 4,7 % der ausgebrachten Zweitstimmen bekam (Der Bundeswahlleiter, 2013). Die AfD war vor dem Eintritt in den Bundestag in den meisten Landestagen¹¹ (Statista, 2019 (alle Länder außer Hessen); Tagesschau.de, o. D.) sowie im Europaparlament¹² (Europäisches Parlament, o. D.) vertreten.

Die AfD steht in der Karte die rechtspopulistischen Parteien in Europa (Schellenberg, 2017) und wird nicht nur in der Fachliteratur, sondern auch in den Medien als solche benannt. Auch bei einer Analyse des Parteiprogramms sind rechtspopulistische Standpunkte leicht erkennbar. So steht das Volk an erster Stelle (vgl. Kapitel 1.1, 1.8, 7, 9 etc.), die Partei der Europäischen Union kritisch gegenüber (vgl. Kapitel 2, 3, 4 etc.) und ist Islamkritik einer der Hauptpunkte (vgl. Kapitel 5, 6 etc.; AfD, 2017).

PVV

Aus einer kurzen geschichtlichen Übersicht über diese Partei lässt sich hervorheben, dass aus ihr erst im Jahr 2006 eine Fraktion in die niederländische Zweite Kammer gekommen ist. Zuvor hatten sich der Parteivorsitzende Geert Wilders und einige Mitglieder der Partei (Parlement.com, o. D.) im Jahr 2004 von seiner alten Partei, der VVD, getrennt. Als Pim Fortuyn im Jahr 2002 in Hilversum von Volkert van der Graaf in einem Attentat auf ihn ermordet worden ist, bestanden in der ‚Lijst Pim Fortuyn‘ (seine politische Partei) schwerwiegende Probleme bezüglich des Gewinns in den auf

¹¹ Niedersachsen (2017): 6,2 %; Nordrhein-Westfalen (2017): 7,4 %; Schleswig-Holstein (2017): 5,9 %; Saarland (2017): 6,2 %; Berlin (2016): 14,2 %; Mecklenburg-Vorpommern (2016): 20,8 %; Baden-Württemberg (2016): 15,1 %; Rheinland Pfalz (2016): 12,6 %; Sachsen-Anhalt (2016): 24,2 %; Bremen (2015): 5,5 %; Hamburg (2015): 6,1 %; Thüringen (2014): 10,6 %; Brandenburg (2014): 12,2 %; Sachsen (2014): 9,7 %; Hessen (2013): 4,1 %.

¹² Wahlergebnisse 2014: AfD 7,10 % der deutschen Stimme.

den Mord folgenden Wahlen. Nach einem Jahr wurden neue Wahlen organisiert, deren Resultat für die LPF negativ war (siehe Anhang 1A). Neue Wahlen folgten drei Jahre später, nachdem das Balkenende II gescheitert war, und die LPF wurde im Parlament durch die PVV ‚ersetzt‘.

Die PVV, eine Abkürzung für *Partij voor de Vrijheid* [Partei für die Freiheit], gehört, wie oben erwähnt, keiner großen Gruppe an. Sie ist eine rechte *Anti-Establishment*-Partei. Dies zeigt sich auch in der Unabhängigkeitserklärung dieser Partei. Als Abschluss des ersten Absatzes wird geäußert, dass Wilders sich von ‚dieser‘ Elite unabhängig erklärt („Van die elite verklaar ik mij onafhankelijk“ (Wilders, 2005)).

Nicht nur gehört sie zu den *Anti-Establishment*-Parteien, die in dieser Arbeit nicht besonders berücksichtigt werden, sondern auch dem rechtspopulistischen Spektrum an. Die oben erklärten Merkmale des Rechtspopulismus sind in den Parteiprogrammen zu erkennen. Obwohl das letzte Parteiprogramm dieser Partei kurz war (eine DIN-A4 Seite), sind alle Merkmale des Rechtspopulismus vorhanden. Beispiele sind: Islamkritik (Punkt 1), Europakritik (Punkt 2), Medienkritik (Punkt 7) und die Einführung eines Referendums (Punkt 3; PVV, o. D.). Auch wird die PVV in der Liste der rechtspopulistischen Parteien (Schellenberg, 2017) gezeigt und in der Fachliteratur als rechtspopulistische Partei dargestellt. Als Beispiel hierfür dient die Tabelle in Rooduijns „A Populist Zeitgeist“:

Country	Success of allegedly populists ¹	Election years	Allegedly populist parties ²	Best electoral result ³
NL	Yes	89/94/02/06	CD SP LPF PVV	2.5% 16.6% 17.0% 5.7%

Abbildung 7: Rechtspopulistische Parteien in den Niederlanden (Rooduijn, 2013, S. 22)¹³

¹³ Da die AfD, wegen der späten Teilnahmen an den Wahlen, nicht in Rooduijns Werk aufgenommen wurde, ist diese Tabelle nur bei der PVV eingefügt.

2.4.2 Kartellparteien

Deutschland

CDU/CSU, FDP

Country	Mainstream parties ⁴
GE	SPD CDU/CSU FDP

Abbildung 8: Kartellparteien in Deutschland (Rooduijn, 2013, S. 22)

In Deutschland sind drei Kartellparteien zu unterscheiden; SPD, CDU/CSU und FDP. Die SPD wird unten hervorgehoben, weil sie in dieser Arbeit nicht ausführlich thematisiert wird. Der Grund, dass nicht nur SPD, sondern auch CDU/CSU und FDP im deutschen politischen Kartell vertreten sind, ist, dass beide Parteien in fast jeder Koalition seit dem Zweiten Weltkrieg zusammengearbeitet und deshalb die politische Macht untereinander verteilt (Abbildung 5) haben.

Die CDU/CSU ist eine aus zwei Parteien aufgebaute Union; CDU und CSU. Die (fast) bundesweite CDU (Christlich Demokratische Union) ist im Jahr 1945 gegründet worden und arbeitet seit dem Jahr 1949 mit der bayerischen Schwesterpartei CSU (Christlich-Soziale Union) in einer Fraktionsgemeinschaft im Bundestag zusammen (CDU, o. D.). Eines der bedeutsamsten Merkmale für Kartellparteien neben der Machtverteilung ist, dass sie immer mehr vom Staat abhängig sind. Dies gilt auch für CDU und CSU. Die staatliche Finanzierung betrug im Jahr 2008 29,46 % des gesamten Einkommens der CDU (Deutscher Bundestag, 2010, S. 3). Da die Mitgliederanzahl seitdem gesunken ist (528 972 Mitglieder im Jahr 2018 und 431 920 im Jahr 2016; Niedermayer, 2017-a), ist zu erwarten, dass diese staatliche Finanzierung im Jahr 2019 prozentuell höher liegt als der Anteil im Jahr 2008.

Gleiches ist bei der CSU erkennbar. Im Jahr 2008 war diese Partei zu 22,33 % vom Staat abhängig (18,93 % von Mitgliedern; Deutscher Bundestag, 2010). Zwar verzeichnete die CSU zwischen den Jahren 1970 und 1976 einen hohen Zuwachs an Mitgliedern (von 329 239 zu 652 010; Niedermayer, 2017-a), aber als der Bericht des deutschen Bundestages publiziert wurde, ist die Anzahl auf 162 232 gesunken. Im Jahr 2016 lag diese bei 142 412 (ebd., 2017-), was bedeutet, dass diese Partei höchstwahrscheinlich immer mehr von staatlicher Finanzierung abhängig geworden ist.

Die Geschichte der FDP ist anders als die der CDU und CSU. Die FDP ist eine eigene Partei, die ohne eine Union seit 1949 im Bundestag vertreten ist. Zwar hat die FDP an vielen Koalitionen mitgearbeitet, aber noch nie einen Bundeskanzler oder eine Bundeskanzlerin hervorgebracht. Eine bedeutsame Eigenschaft der FDP ist, dass sie aus zwei großen Strömungen, der links- und der rechtsliberalen (Duitslandinstitut, o. D.), aufgebaut ist. Obwohl diese Partei ursprünglich ein großes liberales Feld angesprochen hat, haben deren Mitgliederzahlen sich auch über die Jahre geändert. Im Jahre 2019 ist etwa die gleiche Anzahl Mitglieder vorhanden wie kurz nach der Gründung, aber sie ist nach der starken Zunahme im Jahr 1990 (1989: 65 150 Mitglieder, 1990: 168 217; Deutscher Bundestag, 2010) wieder unter 60 000 gesunken (2008: 65 600; 2016: 53 896; Niedermayer-a, 2017). Seit der Publikation der oben erwähnten Unterrichtung des Deutschen Bundestages (2008) ist die Anzahl um mehr als 10 000 gesunken. Das hat, wie bei der CDU und der CSU, aller Wahrscheinlichkeit nach zur Folge, dass der Anteil der Staatsfinanzierung immer größer wird (37,30 % im Jahr 2008).

Dass die Entwicklung der CDU/CSU und der FDP in dieser Arbeit untersucht wird, hängt damit zusammen, dass diese Parteien sich im Gegensatz zur SPD, voraussichtlich, mehr von der AfD beeinflussen lassen. Für die CDU und die CSU gilt, dass sie sich wegen ihrer ursprünglichen Ideologie im politischen Spektrum weiter rechts als die SPD befinden. Für die FDP gilt, dass ihr Ursprung unter anderem im Rechtsliberalismus liegt. Der Abstand zwischen den Ideologien ist also bei der CDU/CSU und AfD sowie bei der FDP und AfD kleiner als bei SPD und AfD.

SPD

Die SPD ist im Jahr 2019 die älteste noch bestehende Partei Deutschlands. Sie ist 1863 gegründet worden. Seit dem Zweiten Weltkrieg wurde die Macht immer zwischen SPD, CDU/CSU und der FDP aufgeteilt (wie in Abbildung 5 zu sehen ist; als Ausnahme gilt die Regierung SPD/Die Grünen von 1998–2005). Die Macht wurde nicht nur mit den anderen deutschen Kartellparteien geteilt, sondern es war auch eine ständige Abnahme der Mitgliederanzahl wahrzunehmen. So hat sich diese seit dem Jahr 1990 mehr als halbiert (Statista, 2018), was auch eine Senkung in finanziellen Mitteln herbeiführt. Letztere bedeutet gleichzeitig, dass die Partei abhängiger vom Staat geworden ist. Sie möchte wegen enttäuschender Wahlergebnisse mehr staatliche Finanzierung erhalten (Carstens, 2018).

Es besteht aber ein bedeutsamer Unterschied zwischen der SPD und den anderen deutschen Kartellparteien: Sie ist eine sozialdemokratische Partei und befindet sich deswegen im linken Spektrum. Es wird erwartet, dass die Parteien, die sich dort befinden, sich weniger (oder nicht) von rechtspopulistischen Parteien in die rechtspopulistische Richtung bringen lassen.

Niederlande

CDA, VVD

Country	Mainstream parties ⁴
NL	PvdA CDA VVD D66

Abbildung 9: Kartellparteien in den Niederlanden (Rooduijn, 2013, S. 22)

Obwohl in den Niederlanden keine 5%-Klausel existiert, kann von bestimmten etablierten Parteien gesprochen werden, denn auch in den Niederlanden, wie Abbildung 6 zeigt, hat es seit dem Jahr 1977 immer eine Koalition mit den oben genannten Parteien gegeben, wenn auch in anderen Kombinationen und mithilfe der LPF (2002), ChristenUnie (2007 & 2017) und PVV (2010).¹⁴ Wieso PvdA und D66 im Gegensatz zu CDA und VVD in dieser Arbeit nicht berücksichtigt werden, wird unten beschrieben.

Der CDA (Christen-Demokratisch Appèl) ist eine Partei, die im Jahr 1977 aus einer Union verschiedener christlicher Parteien (siehe Anhang 1A und 1B) gegründet worden ist. Wie der Name suggeriert, gehört sie der christdemokratischen Strömung an und liegt die politische Ideologie auf der rechten Seite des Spektrums. Wie vorher erwähnt, hat der CDA bereits in vielen Koalitionen mitregiert. Dazu hat er auch seit dem Zweiten Weltkrieg elf Ministerpräsidenten hervorgebracht.¹⁵ Der CDA ist nicht nur eine Kartellpartei, weil Rooduijn dies in seiner Arbeit behauptet, sondern es lässt sich auch, neben der Machtverteilung mit VVD, D66 und PvdA, an der Mitgliederanzahl erkennen. Die heutige Anzahl ist dreimal so niedrig wie die im Jahr 1990 (von 125 033 zu 43 133; Rijksuniversiteit Groningen, o. D.-b). Dies hat wie bei den deutschen Parteien zur Folge, dass die Parteien, da die Anhängerschaft ständig sinkt, immer abhängiger vom Staat geworden sind. Bedeutsam hierbei zu erkennen ist, dass die Parteien in den Niederlanden größtenteils von Mitgliedern finanziert werden und die staatliche Finanzierung deshalb geringer ist als das Einkommen aus den Beiträgen der Mitglieder (Rijksoverheid, o. D.).

¹⁴ Die PVV hat nicht mitregiert, sondern war Unterstützer der Koalition.

¹⁵ Drei Minister-Präsidenten wurden unter dem Namen „CDA“ geliefert, zwei wurden unter dem Namen „Anti-Revolutionaire Partij“ geliefert und sechs wurden unter dem Namen „Katholieke Volkspartij“ geliefert.

Die VVD (Volkspartij voor Vrijheid en Democratie) wurde im Jahr 1948 gegründet und ist deswegen ‚jünger‘ als der CDA. Im Gegensatz zum CDA ist es der VVD nur einmal gelungen, einen Ministerpräsidenten zu liefern. Die VVD ist eine liberale Partei und befindet sich deshalb, wie der CDA, auf der rechten Seite des politischen Spektrums, ist aber noch weiter rechts einzuordnen (siehe auch unten stehendes Beispiel).

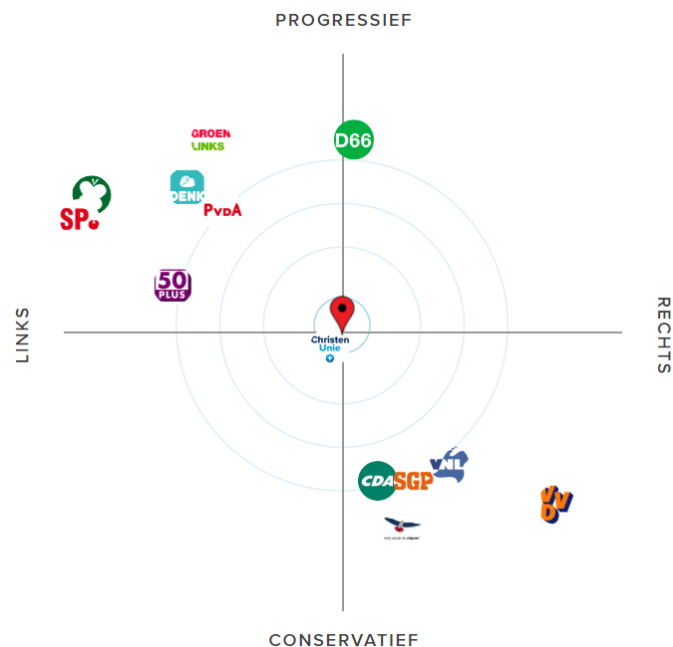


Abbildung 10: Politische Landschaft im niederländischen Parlament (Kieskompas, o. D.)

In Bezug auf die Mitgliederanzahl ist die VVD keine Ausnahme. Sie hat seit dem Jahr 1990 im Vergleich zu 2019 mehr als die Hälfte der Mitglieder verloren (von 59 074 auf 25 557). Es ist richtig, dass sie 2019 mehr Mitglieder verzeichnet als bei der Gründung (25 557 und 22 175). Das hat damit zu tun, dass sie seit der Gründung, bis zum Höhepunkt im Jahr 1978 (100 510 Mitglieder) immer gewachsen ist, nach diesem Höhepunkt ist die Anzahl ständig gesunken (Rijksuniversiteit Groningen, o. D.-c). Dies hat, wie bei den anderen Parteien, höchstwahrscheinlich zur Folge, dass sie sich ohne weitere staatliche Finanzierung nicht mehr selbst finanzieren kann.

Die Entscheidung, CDA und VVD in dieser Arbeit zu analysieren und PvdA und D66 nicht, ist darauf zurückzuführen, dass von CDA und VVD – da beide im rechtskonservativen Bereich einzuordnen sind – erwartet wird, dass die Einflüsse des Rechtspopulismus beziehungsweise der PVV auf diese Parteien am besten sichtbar wären.

PvdA, D66

Für die PvdA und D66 gilt Ähnliches wie für die SPD in Deutschland. Beide Parteien, wie in Abbildung 6 zu sehen ist, waren seit dem Zweiten Weltkrieg (D66 ab dem Jahr 1966) zusammen mit VVD und CDA fast immer in der Lage, die Macht zu verteilen.

Die PvdA ist offiziell im Jahr 1946 gegründet worden, ging aber über die SDAP (Sociaal-Democratische Arbeiderspartei [sozialdemokratische Arbeiterpartei]) hinaus. Wie die SPD verzeichnete die PvdA eine ständig sinkende Mitgliedanzahl und hat, ebenfalls wie die SPD, weniger als die Hälfte der Mitglieder seit dem Jahr 1990 (Rijksuniversiteit Groningen, o. D.-d). Das Resultat war, wie auch in Deutschland, dass die Partei mehr staatliche Finanzierung benötigte. Der Grund dafür, dass SPD und PvdA nicht in dieser Arbeit analysiert werden, ist, dass sie sich in einem anderen politischen Spektrum als die PVV befinden. Die PvdA gehört der linken Seite des Spektrums an, da sie eine sozialdemokratische Partei ist. Die Erwartung ist deshalb, dass sie sich nicht oder weniger als die anderen Kartellparteien von rechtspopulistischen Einflüssen ansprechen lässt.

Dass die D66 auch nicht mit aufgenommen wird und unter den Kartellparteien aufgelistet steht, scheint auf den ersten Blick verwunderlich. Sie ist im Jahr 1966 von Hans van Mierlo gegründet worden, mit dem Hauptziel, das demokratische System der Niederlande zu reformieren. Manche Aspekte, die auf die Kartellparteien zutreffen, sollten deswegen nicht für D66 gelten. Letztere ist zum Beispiel ein großer Anhänger des Referendums. Trotzdem wird diese Partei, zusammen mit PvdA, VVD und CDA, als eine der Kartellparteien aufgelistet. Dies hängt damit zusammen, dass sie, wie die anderen Kartellparteien, immer in der Lage war, die Macht untereinander zu verteilen. Auch hat die D66 eine große staatliche Abhängigkeit, weil – obwohl die Mitgliederanzahl nicht so viel gesunken ist wie die Mitgliederanzähle anderer Parteien – sie mit etwa 26 000 Mitgliedern niedrig ist (Rijksuniversiteit Groningen, o. D.-e).

Bedeutsam zu bemerken ist, dass die D66 sich für ein starkes Europa und eine starke europäische Union einsetzt. Dies lässt sich auch aus den Wahlprogrammen hervorheben (D66, o. D.). Weil die Position von D66 sich nicht mit den Positionen der rechtspopulistischen Parteien vereinen lässt, wird erwartet, dass sich D66 wie SPD und PvdA nur wenig (oder nicht) vom Rechtspopulismus der PVV beeinflussen lässt.

3. Analysemethode

Ziel dieser Arbeit ist, zu erforschen, ob die ausgewählten Kartellparteien (CDU/CSU & FDP; CDA & VVD) sich von den neuen rechtspopulistischen Parteien (AfD; PVV) beeinflussen lassen. Hierfür werden die Parteiprogramme der Kartellparteien der letzten Wahlen analysiert. Für Deutschland werden die Parteiprogramme der 2009er-, 2013er- und 2017er-Wahlen untersucht, für die Niederlande jene der 2002er- (2003er-)¹⁶, 2006er- und 2010er-Wahlen.

Die Programme sind alle online zu finden. Jene der CDU/CSU können, ab dem Jahr 1949, von der Internetseite der Konrad-Adenauer-Stiftung – einer Stiftung, die sich mit der Geschichte der CDU/CSU beschäftigt – heruntergeladen werden. Die Parteiprogramme der FDP sind über die eigene Internetseite herunterzuladen. Die niederländischen Parteiprogramme finden sich auf ‚parlement.com‘. Dies ist eine Initiative der Universität Leiden, die sich mit parlamentarischer Geschichte beschäftigt.

Die Auswahl der oben stehenden Wahlen ist in den Gründungs- und Teilnahmeperioden der rechtspopulistischen Parteien begründet. Begonnen wird mit den Wahlen, bevor die rechtspopulistische Partei gegründet worden ist (AfD: 2013; PVV: 2006). Die AfD war das erste Mal während der 2013er-Wahlen tätig, bekam aber weniger als 5 % aller Stimmen, wodurch sie keine Sitze im Parlament erhielt. Trotzdem hat sie, wie oben erwähnt, in den Landtagen ein gutes Resultat erreicht. Deswegen kann erwartet werden, dass sie einen Einfluss auf die Kartellparteien bei der nächsten Wahl hat, und werden die Parteiprogramme der 2013- und 2017-Wahlen in der Analyse betrachtet.

Für die Niederlande kam im Jahr 2006 die PVV mit neun Sitzen (siehe Anhang 1A) ins Parlament. Bei den darauffolgenden Wahlen ist die PVV zunächst im Anteil gewachsen (von 9 auf 24 Sitze), danach ist dieser wieder gesunken (von 24 auf 15 Sitze). Beide Wahlen sind interessant, weil die Instabilität in der Wähleranzahl bedeuten kann, dass die Kartellparteien die PVV-Wähler angesprochen und für sich gewonnen haben. Um zu prüfen, ob dies der Fall sein kann, werden auch die Parteiprogramme der CDA und der VVD aus dem Jahr 2010 (erste Wahl nach dem Kammereintritt der PVV) neben jenen aus den Jahren 2002 und 2006 analysiert.

Für die Niederlande gilt zudem, dass die 2002er-Koalition sich im Jahr 2003 aufgelöst hat. Die VVD hat hierzu das ursprüngliche Programm ergänzt. Dieses wird wegen der untergeordneten Bedeutung nicht weiter analysiert, da das 2002er-Programm noch als Hauptprogramm gilt. Der CDA hat keine Ergänzungen zum Originalprogramm publiziert.

Weiterhin werden nur die Themen im Programm analysiert, von denen erwartet werden kann, dass sie von rechtspopulistischen Einflüssen geprägt sein könnten (Kapitel mit Bezug auf

¹⁶ Die 2003er-Wahlen folgten innerhalb eines Jahres nach den 2002er-Wahlen. Die meisten Parteien haben hierzu kein neues Programm geformt, sondern das alte benutzt oder ergänzt.

Islam, Immigration, Alterspflege, Medien, Europa etc.). Die ausgewählten Kapitel sind im Anhang 2 zu finden.

Die Parteiprogramme werden anhand des unten stehenden Analyseschemas analysiert. Dieses ist aus den Kriterien des Rechtspopulismus aufgebaut, die in Kapitel 2.2 zu finden sind. Das Schema ist in drei Hauptkategorien unterteilt: Zustimmung des *volonté générale*; die Elite als Feind darstellen und das eigene Volk in den Vordergrund stellen. Unter diesen Hauptthemen sind Unterkategorien geformt. Zum ersten Hauptthema gehören die Unterkategorien: Referenden, Volkssouveränität und Aussagen wie ‚man‘/‚die Deutschen‘/‚die Niederländer‘ ‚will/wollen/möchten/finden‘ etc. Zum zweiten Hauptthema gehören die Unterkategorien: EU-Kritizismus; Medienskepsis und interner Machtkritizismus.¹⁷ Zum letzten Punkt gehören die Unterkategorien Altenpflege, mehr Geld für Polizei und Armee und Islamkritik (sowie generelles Anti-Immigrations-Verhalten). In den Parteiprogrammen werden Ausschnitte gesucht, die einer oder mehreren Kategorien zustimmen. Diese Ausschnitte werden mit den anderen Programmen der Partei über die drei Wahlen hinaus verglichen. Wenn sich je nach Wahl mehr rechtspopulistische Aussagen finden lassen, wird konkludiert, dass rechtspopulistische Einflüssen auf die betroffene Partei einwirken konnten. Diese Auswertungen sind im Anhang zu finden.

¹⁷ Hiermit wird Kritizismus gegen (z.B.) die eigene Regierung gemeint.

Nummer	Hauptkategorie	Nummer	Unterkategorie
1.	Zustimmung der <i>volonté générale</i>	1.1	Souveränität (des Landes/des Volkes)
		1.2	Referenden
		1.3	‚man‘ / ‚die Deutschen‘ / ‚die Niederländer‘
		1.4	übrige Aussagen / nicht anders einzuordnen
2.	Elite als Feind darstellen	2.1	Anti-EU-Verhalten
		2.2	Medienskepsis
		2.3	gegen innere Macht
		2.4	übrige Aussagen / nicht anders einzuordnen
3.	eigene Gesellschaft voranstellen	3.1	Altenpflege
		3.2	mehr Geld für Polizei und Armee
		3.3	Islamkritik
		3.4	Kritik an Immigration
		3.5	übrige Aussagen / nicht anders einzuordnen

Abbildung 7: Analyseschema

Die Analyse wird anhand einer quantitativen Inhaltsanalyse durchgeführt. Wie oben erwähnt, bedeutet dies, dass die Aussagen anhand des Schemas notiert und anschließend gezählt werden. Wenn die Analyse zeigt, dass die Anzahl von rechtspopulistische Aussagen pro Partei und je nach Wahl auch in Bezug auf die totale Größe des Programms zugenommen hat, folgt das Ergebnis, dass die Partei sich von rechtspopulistischen Faktoren beeinflussen lassen hat. Wenn Letztere nicht vorhanden sind oder nicht zugenommen haben, wird gefolgert, dass die Parteien sich nicht oder wenig von jenen Faktoren beeinflussen haben lassen. Nach der Analyse werden die deutschen und die niederländischen Ergebnisse verglichen.

4. Auswertung der Programme

4.1 CDU/CSU und FDP

Hier werden die Resultate der Auswertung deutscher Parteien präsentiert. Die komplette Auswertung ist in Anhang vier und fünf zurückzufinden.

Erstens sollte die Gestaltung der Programme berücksichtigt werden. Generell sind die Parteiprogramme deutscher Parteien länger und umfangreicher als die der VVD; für das CDA gilt, dass es in der Länge vergleichbar ist. Die Parteiprogramme der CDU/CSU umfasst 2009 94 Seiten, 2013 81 Seiten und 2017 76 Seiten. FDP hat 86, 94 bzw. 158 Seiten. Das VVD-Programm umfasst 2002 52 Seiten, 2006 4 Seiten und 2010 42 Seiten. Für das CDA-Programm gilt, dass das 2002-er Programm 44 Seiten, das 2006-er Programm 109 Seiten und das 2010-er Programm 103 Seiten umfasst.

Auffällig an der Form ist auch, dass die deutschen Parteien die ‚Wir-Form‘ verwenden. Auch fällt sofort auf, dass die Programme von 2017 hinsichtlich des Layouts von den bisherigen Partyprogrammen abweichen. Anstelle langer Kapitel mit vielen Details zu einer kleineren Schriftart (wie sie in den Parteiprogrammen von 2009 und 2013 verwendet werden) sind die Kapitel viel kürzer und die Schriftart größer. Dies könnte der AfD entnommen werden, die im Programm 2017 auch die Technik der kurzen Kapitel anwendete. Es ist leider nicht möglich, zu bestätigen, ob dies in früheren Parteiprogrammen der AfD der Fall ist, da die AfD ihre früheren Programme offline geschaltet hat.

Es ist wichtig zu erwähnen, dass beide Parteien die Europäische Union uneingeschränkt unterstützen. Beide Seiten kritisieren einige Punkte, um deutsche Interessen zu vertreten und die EU weniger bürokratisch und effizient zu machen. Es gibt jedoch keine Kritik an der Europäischen Union in Form eines möglichen Austritts, wie es die AfD (2017) und die PVV (2017) bedeuten; die CDU/CSU und die FDP selbst übernehmen mehr Macht für die EU. Wichtig ist auch die Tatsache, dass CDU/CSU und FDP sich für eine gesunde Einwanderung einsetzen. Anstatt die Einwanderung zu stoppen (möglicherweise die Einwanderung aus überwiegend islamischen Ländern), setzen sich beide Parteien für eine bessere Integration der Einwanderer ein. Sie erkennen, dass die deutsche Sprache, die deutsche Kultur und die deutschen Normen und Werte in diesem Prozess bevorzugt werden.

Abbildung 9. Auswertung deutscher Parteiprogramme

	CDU/CSU			FDP		
	2009	2013	2017	2009	2013	2017
TOTAL	18	27	33	23	24	32

Die Ergebnisse der Auswertung der deutschen Parteiprogramme sind in der obigen Tabelle zu finden. Anhang 4 enthält die Ausarbeitungen pro Kapitel. Ein vollständiges Ergebnis der Aussagen pro Punkt ist in Anhang 5 zu finden.

Was auffällt, ist, dass die populistischen Aussagen beider Parteien konsequent zunehmen. Das erste steigen, von 2009 auf 2013, ist auf die große Anzahl von Kommentaren zu Renten und Altenpflege zurückzuführen. Es wurde ein Anstieg von drei Aussagen auf 10,5 Aussagen festgestellt. An den anderen Punkten gibt es keinen oder kaum einen Anstieg. Ein Anstieg gegenüber 2013 ist auch im Programm 2017 zu beobachten. Dies ist auf den deutlichen Anstieg von Punkt 1.3 und Punkt 3.2 zurückzuführen. Obwohl CDU/CSU es unterlässt, Einwanderer und den Islam im Voraus (wörtlich) zu bestrafen, glauben diese Parteien, dass die Mittel und das Budget für Polizei und Armee erheblich erhöht werden müssen. Die Verbindung Islam/Immigration und sich unsicher fühlen (ein der Gründe für mehr Budget und Mittel für Polizei und Armee) wird von den rechtspopulistischen Parteien oft hergestellt.

Für die FDP bleibt die Anzahl der Aussagen, die als rechtspopulistisch bezeichnet werden können, in den ersten beiden Programmen ungefähr gleich (23 gegenüber 24). Das Parteiprogramm für die Wahl des 19. Bundestages enthält eine größere Anzahl populistischer Aussagen (33 gegenüber 27). Im Gegensatz zur CDU/CSU sind zwar nicht ein oder zwei Punkte gestiegen, sondern ist bei sieben Punkten ein Aufwärtstrend zu beobachten. Besonders im Hauptpunkt wird drei durchweg höher bewertet.

4.2 CDA und VVD

Hier werden die Resultate der Auswertung niederländischer Parteien präsentiert. Die komplette Auswertung ist in Anhang vier und fünf zurückzufinden.

Wie bereits oben erwähnt, sind die Parteiprogramme des VVD kürzer als die der CDU/CSU, FDP und des CDA. Insbesondere das 2006-er Programm ist in dieser Hinsicht ein Ausreißer. Dieses Programm ist als Zeitung konzipiert und besteht aus vier Seiten, deswegen unterscheidet es sich auch von den anderen Programmen. Ob dies auf die Einflüsse der PVV zurückzuführen ist, kann anhand dieser Studie nicht gesagt werden. Es stimmt aber, dass die PVV grundsätzlich kurze Programme erstellt, die hauptsächlich aus konkreten Punkten bestehen (vgl. PVV, 2006; PVV, 2010). Auffällig ist, dass die Programme des CDA länger statt kürzer werden. Dies kann auch nicht auf der Grundlage dieser Untersuchung erklärt werden.

CDA und VVD glauben auch, dass die Niederlande ihre Zukunft in Europa suchen sollten. Die Europäische Union wird kaum negativ nominiert. Diese Parteien sind der Ansicht, dass die EU für das niederländische Interesse und den Wert einer intensivierten und besseren Zusammenarbeit

unverzichtbar ist. Dies steht im Gegensatz zur PVV, die in den in dieser Zeit veröffentlichten Parteiprogrammen (vgl. PVV, 2006; PVV, 2010) sehr EU-kritisch ist. Bei den nachfolgenden Wahlen (2012, 2017) ist die PVV der Ansicht, dass die Niederlande keinen Platz mehr in einer Europäischen Union haben (reformiert oder nicht) und sich daher sofort zurückziehen sollten (Nexit) (PVV, 2012; PVV, 2017).

Abbildung 10: Auswertungen niederländischer Parteiprogramme

	CDA			VVD		
	2002	2006	2010	2002	2006	2010
TOTAL	24	24	16	24	30	24

Die Ergebnisse der Auswertung der niederländischen Parteiprogramme sind in der obigen Tabelle zu finden. Anhang 4 enthält die Ausarbeitungen pro Kapitel. Ein vollständiges Ergebnis der Aussagen pro Punkt ist in Anhang 5 zu finden.

Was sofort auffällt, ist, dass die CDA in jedem Programm weniger Aussagen hat, die als Rechtspopulist bezeichnet werden können. Insbesondere die Punkte 3.2 und 3.4 zeigen eine klare Trendwende. Grundsätzlich befürwortet die CDA eine bessere Regelung in Bezug auf Einwanderung und Integration. Im Programm von 2002 steht der CDA diesem Thema jedoch negativer gegenüber. Trotz der Kritik, die sich auch in den anderen Programmen widerspiegelt, ist die CDA nicht der Ansicht, dass die Einwanderung so weit wie möglich bekämpft werden sollte. Die CDA sieht die Einwanderung als Bereicherung für die Gesellschaft an, vorausgesetzt, die Einwanderer integrieren sich gut in die niederländische Gesellschaft und setzen daher auch niederländische Normen und Werte an erste Stelle. Die anderen Punkte bleiben mehr oder weniger gleich. Auffällig ist, dass im Programm 2006 im Vergleich zu den anderen Programmen viele Medien-Skepsis zu erkennen sind. Diese Kritik kann im Programm 2010 nicht mehr anerkannt werden.

Bei der VVD ändert sich, in Bezug auf rechtspopulistische Aussagen, kaum etwas und bleibt daher konstant. Der einzige Ausreißer ist das 2006er-Programm; die Zeitung. Dieses Programm ist so aufgebaut, dass die Programmpunkte kurz und bündig sein müssen und, obwohl das Programm aus 29 Hauptpunkten besteht, soll jeder Punkt, trotz dieses Forms, ins Auge fallen. Die Sprache, einschließlich der Verwendung populistischer Begriffe, ist hier sehr wichtig. Dies führt zu einer etwas höheren Anzahl von Entscheidungen, die als populistisches bezeichnet werden können. Beispiele hierfür sind Aussagen wie "Wij hebben in Nederland veel waar we trots op kunnen zijn." (VVD, 2006, S. 1) und "Zoals wij trots zijn..." (VVD, 2006, S. 4).

Das Ergebnis ist, dass in drei der vier Fälle eine Veränderung des Ausmaßes beobachtet werden kann, in dem rechtspopulistische Themen in den Parteiprogrammen der Kartellparteien vorkommen. Auch es einen Unterschied zwischen den Niederlanden und Deutschland. In Deutschland haben die CDU/CSU und die FDP sich in ihren Parteiprogrammen populistischer geäußert, seit die AfD in die politische Welt eingetreten ist, zuerst nur in die Landestage, später in den Bundestag. Für die Niederlande hat sich die CDA in den Parteiprogrammen von 2006 und 2010 weniger populistisch geäußert. Die VVD hat in dem Jahr, in dem die PVV zum ersten Mal an den Wahlen teilnahm, ein Parteiprogramm zusammengestellt, das mehr populistischere Aussagen enthält als das 2002er-Programm. Im Programm der folgenden Wahlen sind bei der VVD, nachdem der PVV vier Jahre lang in der Zweiten Kammer war, ebenso viele rechtspopulistische Punkte zu entdecken wie bei den Wahlen vor der Teilnahme des PVV.

5. Diskussion und Reflexion

In diesem Kapitel werden die Ergebnisse der Forschung erörtert. Wie oben erwähnt, sind die genauen Ergebnisse in den Anhängen vier und fünf aufgeführt.

Die Forschungsfrage¹⁸ ist in drei Unterfragen unterteilt, die beantwortet werden müssen, bevor die gesamte Forschungsfrage beantwortet werden kann. Die Antwort auf die erste Unterfrage¹⁹ ist in Kapitel 2.1 und 2.2 zu finden; die schematische Ausarbeitung ist in Kapitel 3 und im Anhang zu finden. Die Antwort auf die zweite Unterfrage²⁰ lautet: CDU/CSU, FDP, SPD in Deutschland und VVD, CDA, D66 und PvdA in den Niederlanden. Um der Untersuchung Grenzen zu setzen, wurde beschlossen, nur die Parteien zu verwenden, bei denen die Erwartung höher ist, dass sie beeinflusst werden könnten: CDU/CSU, FDP in Deutschland und VVD, CDA in den Niederlanden. Die Antwort auf die dritte Unterfrage²¹ ist die AfD in Deutschland und die PVV in den Niederlanden.

Die Forschungsfrage kann wie folgt beantwortet werden. Bei den deutschen Kartellparteien ist ein Anstieg zu verzeichnen. Bei sowohl CDU/CSU, als auch FDP ist einen konsequenten Aufwärtstrend zu bemerken (CDU/CSU: von 18 auf 27 auf 33. FDP: von 23 auf 24 auf 32).

An der CDU/CSU ist sie, dank des 2017er-Wahlprogramms rückläufig, aber die Zahl der als rechtspopulistisch gekennzeichneten Aussagen ist immer noch höher als die Zahl der die 2009er-Wahlen, also vor der Teilnahme der AfD, zugehört. Mit der FDP gibt es einen konsequenten Aufwärtstrend. Bei den Wahlen, an denen die AfD zum ersten Mal teilnahm (2013), war der Anstieg kaum vorhanden (23 auf 24), bei den nachfolgenden Wahlen ist jedoch ein Anstieg von 24 auf 32 zu beobachten.

Wo genau diese Erhöhungen sichtbar werden, hängt von der Partei ab. Wie in Anhang 5 gezeigt, enthält das 2013er-Programm der CDU/CSU weitere Aussagen zur Verbesserung der Altenpflege, der Renten und der allgemeinen Rechte älterer Menschen. Im 2017er-Programm der CDU/CSU gibt es weitere Aussagen, die der Hauptkategorie der 'volonté générale' zustimmen, insbesondere zu Punkt 1.3, wo CDU/CSU versucht, die Meinung der Menschen zu äußern. Auch lässt sich in diesem Programm zeigen, dass CDU/CSU ältere Menschen seltener ernennen, aber häufiger die Polizei und/oder die Armee behandeln.

Bei der FDP gibt es mehrere Punkte, an denen die Anzahl gestiegen ist. Obwohl sich die FDP für eine größere und stärkere EU einsetzt, wird das Wahlprogramm zunehmend kritisiert (Punkt 2.1). Es gibt auch mehr Aussagen in den neueren Programmen in den Bereichen

¹⁸ Inwiefern sind die deutschen und niederländischen Kartellparteien von den neuen, rechtspopulistischen Parteien in ihren Parteiprogrammen beeinflusst worden?

¹⁹ Was ist Rechtspopulismus?

²⁰ Was sind die bereits etablierten Parteien im deutschen Bundestag und im niederländischen Zweiten Kammer?

²¹ Was sind die neuen, rechtspopulistischen Parteien?

Altenpflege und mehr Geld und Mittel für Polizei und Armee. Im Gegensatz zu den vorherigen Programmen bezieht sich das Programm 2017er außerdem auf Islamkritik und Kritik gegen Einwanderung.

Für die niederländischen Parteien zeigt das CDA einen Abwärtstrend. Bei den ersten beiden Wahlen (2002 und 2006) blieb die Anzahl der populistischen Urteile im Programm gleich, aber die folgenden Wahlen (2010) zeigten einen Rückgang von 24 auf 16 Punkte. Für den VVD gilt, dass sie einen Ausreißer haben, wie bereits oben erwähnt, hierbei könnte die Form des Wahlprogramms der Hauptgrund dabei gewesen sein. Nach dem 2006er-Programm ging die Zahl der populistischen Urteile erneut zurück (von 24 auf 30 auf 24).

Der Abwärtstrend des CDA ist hauptsächlich in den Punkten 3.2 und 3.4 zu sehen. Die anderen Punkte ändern sich kaum. Die einzige Ausnahme hiervon ist Punkt 2.2. Das 2006er-Programm des CDA enthält sechs Aussagen speziell zur Medienskepsis. Dies spiegelt sich nicht im Programm 2002er und im Programm 2010er wider.

Der VVD punktet wie der CDA bei den meisten Analysepunkten gleich. Der Hauptunterschied liegt in Punkt 1.3. Dieser Punkt enthält Aussagen, die auf Seite 25 dieser Arbeit zu finden sind.

Aufgrund des mangelnden Wachstums populistischer rechtsgerichteter Äußerungen der niederländischen Kartellparteien kann nicht für alle untersuchten Kartellparteien gesagt werden, dass die Parteien populistischer rechtsgerichtet geworden sind, um ihren Platz in der Regierung zu sichern. Ob dies bei den deutschen Kartellparteien der Hauptgrund ist, kann aus den Ergebnissen nicht bestimmt werden. Dies erfordert weitere Forschung.

Wichtig zu bemerken ist, dass die obigen Ergebnisse das Resultat einer relativ kleinen Stichprobe sind. Drei Programme pro Partei wurden zu bestimmten Themen analysiert. Die bestimmten Textteile wurden anhand eines Analyseplans bewertet. Es bestehe die Möglichkeit, dass andere bestimmte Aussagen, die in dieser Arbeit als Rechtspopulist eingestuft wurden, nicht als rechtspopulistisch einstufen. Gleiches gilt umgekehrt; bestimmte Aussagen, die in dieser Studie nicht als rechtspopulistisch eingestuft wurden, könnten von einem anderen schon als rechtspopulistisch eingestuft würden. Obwohl die rechtspopulistischen Merkmale auf der Grundlage von Fachliteratur zusammengestellt wurden (siehe auch Kapitel 2.1 und 2.2), sei es möglich, dass bestimmte Punkte von anderen unterschiedlich interpretiert werden.

Für die weitere Forschung wird eine größere Stichprobe benötigt. Die AfD und die PVV sind heute als rechtspopulistische Parteien bekannt, die einen angemessenen Einfluss auf die Parlamente haben (in Bezug auf die Anzahl ihrer Sitze), aber es gibt auch rechtspopulistische Bewegungen für AfD und PVV, die jedoch weniger erfolgreich waren. Ein Beispiel hierfür ist die

Lijst Pim Fortuyn in den Niederlanden. Um herauszufinden, ob die Kartellparteien in ihren Äußerungen pro Wahl populistischer geworden sind, ist es ratsam, das Parteiprogramm beispielsweise aus dem späten 20. Jahrhundert aufzunehmen. Für die niederländischen Parteien ist es auch relevant, dass auch neuere Programme untersucht werden (2012 und 2017), auch weil 2017 eine neue Partei, die auch als populistisches Recht eingestuft werden kann, dem Parlament hinzugefügt wurde (Forum voor Democratie).

6. Quellenangabe

- AfD. (2017). *PROGRAMM FÜR DEUTSCHLAND: Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017*. Abgerufen 21. Mai, 2019, von https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/06/2017-06-01_AfD-Bundestagswahlprogramm_Onlinefassung.pdf
- Binder, T. (2005). Die Wahlerfolge rechtspopulistischer Parteien-eine Folge von Modernisierungsprozessen?.
- Bundeszentrale für politische Bildung. (2005, 5. September). Bundestagswahlen 1949-2009. Abgerufen 28. Juni, 2019, von <https://www.bpb.de/politik/wahlen/bundestagswahlen/62559/bundestagswahlen-1949-2009>
- Carstens, P. (2018, 6. Juni). SPD drängt auf höhere Mittel für Parteien. Abgerufen 30. Juni, 2019, von <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/parteienfinanzierung-spd-greift-in-die-steuerkasse-15626251.html>
- CDA. (2002). Verkiezingsprogram 2002-2006. Betrokken samenleving, betrouwbare overheid.
- CDA. (2006). Vertrouwen in Nederland. Vertrouwen in elkaar. Verkiezingsprogram 2006-2011
- CDA. (2010). Verkiezingsprogram 2010-2015. Slagvaardig en samen.
- CDU. (o.D.). Partei. Abgerufen 1. Juli, 2019, von <https://www.cdu.de/partei>
- CDU, CSU. (2009). Wir haben die Kraft. Gemeinsam für Deutschland. Regierungsprogramm 2009-2013.
- CDU, CSU. (2013). Gemeinsam erfolgreich für Deutschland. Regierungsprogramm 2013-2017.
- CDU, CSU. (2017). Für ein Deutschland in dem wir gut und gerne leben. Regierungsprogramm 2017-2021.
- Centraal Bureau voor de Statistiek. (2007, 3. Januar). Verkiezingen; Historische uitslagen Tweede Kamer [Dataset]. Abgerufen am 25. Mai, 2019, von <https://opendata.cbs.nl/#/CBS/nl/dataset/37278/table?ts=1558778962004>
- Centraal Bureau voor de Statistiek. (2018). *Trends in the Caribbean Netherlands*. Den Haag/Heerlen/Bonaire, die Niederlande.
- Centraal Bureau voor de Statistiek. (2019, 25. April). Bevolkingsteller. Abgerufen 10. Mai, 2019, von <https://www.cbs.nl/nl-nl/visualisaties/bevolkingsteller>
- CSU. (o.D.). Geschichte. Abgerufen 1. Juli, 2019, von <https://www.csu.de/partei/geschichte/>
- D66. (o.D.). *Samen sterker: kansen voor iedereen*. Abgerufen 1. Juli, 2019 von <https://d66.nl/content/uploads/sites/2/2017/02/D66-Verkiezingsprogramma-in-een-oogopslag.pdf>
- Decker, F. (2018-a, 25. Juni). Politische Parteien: Begriff und Typologien. Abgerufen 26. Mai, 2019, von <https://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/42045/begriff-und-typologien>
- Decker, F. (2018-b, 16. Juli): Kurz und bündig: Die AfD. Abgerufen 29. Juni, 2019, von <https://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/afd/211108/kurz-und-buendig>
- De Lange, S. L., & Mügge, L. M. (2015). Gender and right-wing populism in the Low Countries: ideological variations across parties and time. *Patterns of Prejudice*, 49(1-2), 61-80.
- De Nederlandse Grondwet. (o.D.). Kabinetten sinds 1848. Abgerufen 28. Juni, 2019, von https://www.denederlandsegrondwet.nl/id/vh4vaisog2zr/kabinetten_sinds_1848
- Der Bundeswahlleiter. (2013, 9. Oktober). Endgültiges amtliches Ergebnis der Bundestagswahl 2013. Abgerufen 29. Juni, 2019, von <https://www.bundeswahlleiter.de/info/presse/mitteilungen/bundestagswahl-2013/2013-10-09-endgueltiges-amtliches-ergebnis-der-bundestagswahl-2013.html>
- Deutscher Bundestag. (2010). *Unterrichtung durch den Präsidenten des Deutschen Bundestages: Bekanntmachung von Rechenschaftsberichten politischer Parteien für das Kalenderjahr 2008 (1. Teil - Bundestagsparteien)* (Drucksache 17/630). Abgerufen von <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/006/1700630.pdf>
- Deutscher Bundestag. (2017, 13. Oktober). Bundestagswahl 2017. Abgerufen 3. Juli, 2019, von <https://www.bundestag.de/wahl>
- Deutscher Bundestag. (2020, April). Festsetzung der staatlichen Mittel für das Jahr 2019. Abgerufen von

https://www.bundestag.de/resource/blob/694474/b12215becf05c5eac13772a0377f10ce/finanz_19-data.pdf

- De Vries, J. (2014, 24. November). Behouden, afschaffen of hervormen: hoe denkt de Kamer over de publieke omroep? Abgerufen 25. Mai, 2019, von <https://www.volkskrant.nl/nieuws-achtergrond/behouden-afschaffen-of-hervormen-hoe-denkt-de-kamer-over-de-publieke-omroep~b1a43ba8f/>
- Duitslandinstituut. (o.D.). FDP. Abgerufen 1. Juli, 2019, von <https://duitslandinstituut.nl/naslagwerk/190/fdp>
- Europäisches Parlament. (o.D.). Ergebnisse der Europawahl 2014 - Ergebnisse nach Land - Deutschland [Datensatz]. Abgerufen 29. Juni, 2019, von <http://www.europarl.europa.eu/elections2014-results/de/country-results-de-2014.html>
- Frankfurter Allgemeine Zeitung. (2018, 2. Juni). Gauland: Hitler nur „Vogelschiss“ in deutscher Geschichte. Abgerufen 1. März 2020, von <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/gauland-hitler-nur-vogelschiss-in-deutscher-geschichte-15619502.html>
- Frankfurter Allgemeine Zeitung. (o. D.). Rechtspopulismus. Abgerufen 25. Mai 2020, von <https://www.faz.net/aktuell/politik/thema/rechtspopulismus>
- FDP. (2009). Die Mitte stärken. Deutschlandprogramm 2009. Programm der Freien Demokratischen Partei zur Bundestagswahl 2009.
- FDP. (2013). Bürgerprogramm 2013. Damit Deutschland stark bleibt.
- FDP. (2017). Denken wir neu. Das Programm der freien Demokraten zur Bundestagswahl 2017: „Schauen wir nicht länger zu.“.
- Huber, J. (2016, 2. Mai). AfD will ARD & Co. reformieren : Pay-TV statt Zwangsabgabe. Abgerufen 25. Mai, 2019, von <https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/medien/afd-will-ard-und-co-reformieren-pay-tv-statt-zwangsabgabe/13530254.html>
- Katz, R. S., & Mair, P. (1995). Changing models of party organization and party democracy: the emergence of the cartel party. *Party politics*, 1(1), 5-28.
- Klaus, D. (2005). Cartel parties in western Europe? *Party Politics*, 11(2), 173-191.
- Kieskompas. (o.D.). Recente Kieskompassen. Abgerufen 1. Juli, 2019, von <https://www.kieskompas.nl/nl/kieskompas-tool/recente-kieskompassen/>
- Kiesraad. (o.D.-a). Verkiezingsuitslagen. Abgerufen 25. Mai, 2019, von <https://www.verkiezingsuitslagen.nl/verkiezingen/detail/TK20100609>
- Kiesraad. (o.D.-b). Verkiezingsuitslagen. Abgerufen 25. Mai, 2019, von <https://www.verkiezingsuitslagen.nl/verkiezingen/detail/TK20120912>
- Kiesraad. (o.D.-c). Verkiezingsuitslagen. Abgerufen 25. Mai, 2019, von <https://www.verkiezingsuitslagen.nl/verkiezingen/detail/TK20120912>
- Klomp, C. & Keultjes, H. (2017, 12. Februar). Wilders: Nederlanders voelen zich niet meer vrij in eigen land. Abgerufen 1. März 2020, von <https://www.ad.nl/binnenland/wilders-nederlanders-voelen-zich-niet-meer-vrij-in-eigen-land~a2439a9e/>
- Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg. (o.D.). Geburtsstunde des Frauenwahlrechts - 12. November 1918. Abgerufen 25. Mai, 2019, von https://www.lpb-bw.de/12_november.html
- Mudde, C., & Kaltwasser, C. R. (2017). *Populism: A Very Short Introduction*. New York, Vereinigte Staaten: Oxford University Press.
- Niedermayer, O. (2017-a, 7. Oktober). Mitgliederentwicklung der Parteien. Abgerufen 1. Juli, 2019, von <https://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/zahlen-und-fakten/138672/mitgliederentwicklung>
- Niedermayer, O. (2017-b,7. Juli). Staatliche Parteienfinanzierung | Infografiken | Parteien in Deutschland | bpb. Abgerufen 23. April 2020, von <https://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/zahlen-und-fakten/42240/staatliche-parteienfinanzierung>
- Otjes, S. (2013, 25. November). 200 jaar partijen in Nederland; van Kamerclubs naar campagnemachines. Abgerufen 26. Mai, 2019, von https://www.montesquieu-institute.eu/id/viewmwx6kst3/200_jaar_partijen_in_nederland_van
- Parlementair Documentatiecentrum. (o.D.). Vrouwen en kiesrecht. Abgerufen 25. Mai, 2019, von https://www.denederlandsegrondwet.nl/id/vh4vakmmuyzf/vrouwen_en_kiesrecht

- Parlement.com. (o. D.). Partijfinanciering. Abgerufen 23. April 2020, von <https://www.parlement.com/id/vhnnmt7l3ozz/partijfinanciering>
- Pfizer, G. (1892). *Das Reichstagswahlgesetz*. *Archiv des öffentlichen Rechts*, 7(4), 509-538.
- PVV. (2006). Verkiezingspamflet.
- PVV. (2010). De agenda van hoop en optimisme. Een tijd om te kiezen: PVV 2010-2015.
- PVV. (2017). CONCEPT – VERKIEZINGSPROGRAMMA PVV 2017 – 2021.
- Rijksoverheid. (o.D.). Financiële verslagen over 2017 van politieke partijen. Abgerufen 1. Juli, 2019, von <https://www.rijksoverheid.nl/documenten/publicaties/2018/10/30/financiele-verslagen-over-2017-van-politieke-partijen>
- Rijksuniversiteit Groningen. (o.D.-a). Ledentallen van politieke partijen. Abgerufen 26. Mai, 2019, von <https://dnpp.nl/themas/leden>
- Rijksuniversiteit Groningen. (o.D.-b). CDA ledentallen per jaar (1975-). Abgerufen 1. Juli, 2019, von <https://dnpp.nl/dnpp/content/cda-ledentallen-jaar-1975>
- Rijksuniversiteit Groningen. (o.D.-c). VVD ledentallen per jaar (1948-). Abgerufen 1. Juli, 2019, von <https://dnpp.nl/dnpp/themas/leden/perpartij>
- Rijksuniversiteit Groningen. (o.D.-d). PvdA ledentallen per jaar (1946-). Abgerufen 30. Juni, 2019, von <https://dnpp.nl/dnpp/content/pvda-ledentallen-jaar-1946>
- Rijksuniversiteit Groningen. (o.D.-e). D66 ledentallen per jaar (1966-). Abgerufen 30. Juni, 2019, von <https://dnpp.nl/dnpp/content/d66-ledentallen-jaar-1966>
- Rooduijn, M. (2013). *A populist Zeitgeist? The impact of populism on parties, media and the public in Western Europe*. Oosterhout, die Niederlande.
- Rosa, H. (2015, 24. April). Fremd im eigenen Land? Abgerufen 1. März 2020, von <https://www.faz.net/aktuell/politik/die-gegenwart/jeder-5-deutsche-fuehlt-sich-fremd-im-eigenen-land-13546960.html>
- San Jose. (Hrsg.) (2009, 28. September). File:German parliamentary elections diagram de.png. Abgerufen 28. Juni, 2019, von https://commons.wikimedia.org/wiki/File:German_parliamentary_elections_diagram_de.png
- Schellenberg, B. (2017, 15. Februar). Karte der rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien in Europa. Abgerufen 29. Juni, 2019, von <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtspopulismus/242635/europakarte>
- Statista. (2019, 29. Mai). AfD: Wahlergebnisse der letzten Landtagswahlen bis 2018 [Datensatz]. Abgerufen 29. Juni, 2019, von <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/320946/umfrage/ergebnisse-der-afd-bei-den-landtagswahlen/>
- Statista. (2018, 17. August). Mitgliederentwicklung der SPD bis 2017. Abgerufen 30. Juni, 2019, von <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1214/umfrage/mitgliederentwicklung-der-spd-seit-1978/>
- Süddeutsche Zeitung. (o. D.). Rechtspopulismus. Abgerufen 25. Mai 2020, von <https://www.sueddeutsche.de/thema/Rechtspopulismus>
- Tagesschau.de. (o.D.). Landtagswahl Hessen 2013 [Datensatz]. Abgerufen 29. Juni, 2019, von <https://wahl.tagesschau.de/wahlen/2013-09-22-LT-DE-HE/index.shtml>
- VVD. (2002). Ruimte, Respect & Vooruitgang. Verkiezingsprogramma Volkspartij Voor Vrijheid en Democratie 2002-2006.
- VVD. (2006). Verkiezingsprogramma VVD 2006. Voor een samenleving met ambitie.
- VVD. (2010). Orde op zaken. Verkiezingsprogramma 2010-2014.
- Wilders. (2005, 13. März). Onafhankelijkheidsverklaring. Abgerufen 20. April 2019, von http://dnpprepro.ub.rug.nl/10004/1/PVV_begprog2005.pdf
- Wodak, R., M. Khrosnavik & B Mral, eds. (2013): *Right-Wing Populism in Europe. Politics and Discourse*. London and New York: Bloomsbury
- ZEIT. (o. D.). Rechtspopulismus. Abgerufen 25. Mai 2020, von <https://www.zeit.de/thema/rechtspopulismus>

Anhang

1A. Niederländische Parlamentswahlen, seit 1959

	1959	1963	1967	1971	1972	1977	1981	1982	1986	1989	1994	1998	2002	2003	2006	2010	2012	2017
CDA	75	76	69	58	48	49	48	45	54	54	34	29	43	44	41	21	13	19
KVP	49	50	42	35	27													
CHU	12	13	12	10	7													
ARP	14	13	15	13	14													
CU	0	1	1	2	2	1	3	3	2	3	5	5	4	3	6	5	5	5
GPV	0	1	1	2	2	1	1	1	1	2	2	2						
RPF						0	2	2	1	1	3	3						
SGP	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	2	3	2	2	2	2	3	3
D66			7	11	6	8	17	6	9	12	24	14	7	6	5	10	12	19
DS'70				8	6	1	0	0										
GroenLinks	5	8	9	10	16	6	9	9	3	6	5	11	10	8	7	10	4	14
CPN	3	4	5	6	7	2	3	3	0									
PSP	2	4	4	2	2	1	3	3	1									
PPR				2	7	3	3	2	2									
EVP							0	1	0									
PvdA	48	43	37	39	43	53	44	47	52	49	37	45	23	42	33	30	38	9
BP/PLM	0	3	7	1	3	1	0	0										
SP						0	0	0	0	0	2	5	9	9	25	15	15	14
VVD	19	16	17	16	22	28	26	36	27	22	31	38	24	28	22	31	41	33
AOV/UNIE 55+											7	0						
CD						0	0	1	0	1	3	0						
LN													2	0				
LPF													26	8				
PVV															9	24	15	20
PvdD													0	2	2	2	2	5
50PLUS																	2	4
DENK																		3
FvD																		2

Die grauen Felder bedeuten, dass die Parteien nicht an den Wahlen teilgenommen haben. Bei CDA, CU und GroenLinks, bedeuten die grauen Felder, dass sie nicht teilgenommen haben, aber, dass die Parteien, aus denen sie gegründet worden sind, insgesamt das angegebene Anzahl an Sitzen hatten (Centraal Bureau voor de Statistiek, 2007; Kiesraad, o.D-a; Kiesraad, o.D.-b; Kiesraad, o.D.-c).

1B. Niederländische politische Parteien seit 1959

CDA		Christen Democratisch Appèl	Ab 1977	
	KVP	Katholieke Volkspartij		Bis 1977
	CHU	Christelijk-Historische Unie		Bis 1978
	ARP	Anti-Revolutionaire Partij		Bis 1979
CU		ChristenUnie	Ab 2001	
	GPV	Gereformeerd Politiek Verbond		Bis 2001
	RPF	Reformatrische Politieke Federatie		Bis 2001
SGP		Staatkundig Gereformeerde Partij		
D66		Democaten 66	Ab 1966	
DS'70		Democratisch Socialisten '70	Ab 1970	Bis 1983
GroenLinks		GroenLinks	Ab 1989	
	CPN	Communistische Partij van Nederland		Bis 1989
	PSP	Pacifistisch-Socialistische Partij		Bis 1989
	PPR	Politieke Partij Radicalen	Ab 1971	Bis 1989
	EVP	Evangelische Volkspartije	Ab 1981	Bis 1989
PvdA		Partij van de Arbeid		
BP/PLM		Boerenpartij		Bis 1982
SP		Socialistische Partij	Ab 1977	
VVD		Volkspartij voor Vrijheid en Democratie		
AOV/UNIE 55+		Algemeen Ouderen Verbond	Ab 1994	Bis 2002
CD		Centrum Democraten	Ab 1977	Bis 2003
LN		Leefbaar Nederland	Ab 2002	Bis 2006
LPF		Lijst Pim Fortuyn	Ab 2002	Bis 2007
PVV		Partij voor de Vrijheid	Ab 2006	
PvdD		Partij voor de Dieren	Ab 2003	
50PLUS		50PLUS	Ab 2012	
DENK		DENK	Ab 2017	
FvD		Forum voor Democratie	Ab 2017	

2. Übersicht der analysierten Kapitel

Partei	Jahr	KapitelNr.	Kapiteltitel
CDU/CSU	2009	B I.2	In Deutschlands Zukunft investieren
		B I.6	Verlässliche Versorgung im Alter sichern
		B II.4	Vorfahrt für Integration
		B II.5	Kulturnation: Identität pflegen – Kreativität entfalten
		B IV.1	Freiheit und Sicherheit für die Bürger
		B IV.3	Starkes Europa – sichere Zukunft
	2013	1.	Deutschlands Zukunft in Europa
		3.2	Bevölkerungswandel gestalten – Verantwortung für alle Generationen
		3.8	Zukunft Osten – Chance für das ganze Deutschland
		4.3	Vielfalt bereichert – Willkommenskultur schaffen
		4.6	Für ein gutes Leben im Alter – sichere Rente
		4.8	Aussiedler und Heimatvertriebene – ein Gewinn für unseres Land
		5.8	Werte stärken unser Land – Kirchen und Religionsgemeinschaften
		6.1	Sicheres Deutschland
		6.2	Europa: Stark in der Welt
		2017	G.GL
	W.FA		Fair und gerecht: Steuern senken für alle
	W.SI		Sichere und stabile Rente
	W.PO		Politik für Ältere und Senioren
	W.KU		Kultur und Medien
	EUR		Europa: Mit Sicherheit!
	S.FÜ		Für einen starken Staat: Sicherheit erhöhen, Verbrechen und Terror bekämpfen
	S.ME		Menschen in Not helfen, Migration steuern und reduzieren, abgelehnte Bewerber konsequent zurückführen
	S.BU		Bundeswehr als Garant unserer Sicherheit
	WA.GE		Gemeinschaft und Zusammenhalt
	WA.CH		Christliche Kirchen und Religionsgemeinschaften
	WA.DA		Damit Integration gelingt

FDP	2009	3.TE	Terrorismus wirksam bekämpfen
		3.EX	Extremismus und Antisemitismus konsequent entgegen treten
		3.KE	Keine unangemessene Überwachung der Bürger
		3.SE	Seniorenpolitik neu denken – den demographischen Wandel meistern
		3.NE	Neue Medien – Chancen für mehr Freiheit verantwortlich nutzen
		5.MÜ	Mündige Verbraucher stärken
		6.FD	FDP-Außenpolitik ist Politik für Frieden und Freiheit
		6.DI	Die Vereinten Nationen reformieren
		6.KO	Konsequente Reformen für eine effizientere europäische Politik
		6.SE	Seewege sichern, Piraterie bekämpfen
		6.GU	Gute Regierungsführung konsequent durchführen
	7.	Politikwechsel für Deutschland: die Mitte stärken	
	2013	I.VI	Vielfalt der Region erhalten, Chancen der Demographie nutzen, ländliche Räume stärken
		II.CH	Chancen schaffen statt Mangel verwalten – soziale Sicherheit für alle
		III.BÜ	Bürgerschaftliches Engagement stärken
		III.VI	Vielfalt leben – miteinander in einer offenen Bürgergesellschaft
		III.EI	Einwanderung und Integration in einem vielfältigen, offenen Deutschland
		III.KU	Kultur und Medien als Spiegel der Vielfalt – Kultur von allen, Kultur für alle
		IV.ME	Mehr Freiheit – liberale Innenpolitik
		VI.EU	Europa – liberales Versprechen und Verpflichtung
		VI.VO	Vom gemeinsamen Währungsraum zur Stabilitätsunion
	VII.FR	Freiheit schützen, Chancen schaffen - liberale Sicherheitspolitik	
	2017	V.CH.DI	Digitaler Binnenmarkt für Europa
		V.CH.OP	Open-Data- und Open-Government-Strategie
		V.KU	Kultur gibt Wurzeln und Zukunft zugleich

FDP	2017	V.FL	Flexible Altersvorsorge für moderne Erwerbsbiografien
		V.VE	Vernünftiges Einwanderungsrecht
		S.EF	Effektive Sicherheitsbehörde
		F.AS	Asylpolitik wieder ordnen
		F.EU	Europa bleibt unsere Zukunft
		F.EN	Entschiedene Bekämpfung von Terror
		F.SI	Sicherheitspolitik mit Augenmaß
		P.RE.EU	Euro nachhaltig stabilisieren
		P.RE.VE	Verfahren für geordnete Staatsinsolvenzen in der Eurozone schaffen
		P.RE.GE	Geregeltes Austrittsverfahren aus dem Euro-Währungsgebiet
		P.GE.BE	Beendigung der Niedrigzinspolitik in der EZB
		E.EF.	Effiziente und unkomplizierte Verwaltung

CDA	2002	II.E	Investeren in mensen, Einleitung
		II.10	Kunst, Cultuur en Media
		IV.2	Investeren in politie en justitie
		IV.3	Opsporing verzocht
		IV.7	Veilige buurten
		VI.1	Dualisme
		VI.4	Maximum van twee ambtsperioden
		VIII.2	Particuliere sector
		VIII.4	Nederlands Asielbeleid
		VIII.5	Opvang en beoordeling van asielzoekers in de regio van herkomst
		VIII.7	Nederland is geen economisch immigratieland
		VIII.8	Illegalen
		VIII.9	Integratie en inburgering
		VIII.11	Nederlands veiligheidsbeleid in NAVO- en EU-verband
	2006	1.3	Waarden, normen en burgerschap in Nederland
		1.4	Een veiliger Nederland
		1.5	Asielbeleid
		2.3	Media
		5.1	Europees maatwerk
		5.2	Internationale instituties
		5.3	Vrede en veiligheid
		5.4	Internationale samenwerking
		6.1	Politiek en democratie
		6.2	Decentrale overheden en organisatie van de overheid
	2010	2.1	Vrijheid, vrijheid van meningsuiting en gelijkwaardigheid
		2.3	Integratie- en asielbeleid
		2.4	Veiligheid
		2.5	Cultuur
		5.3	De pensioenen
		6.1	De publieke omroep
		10	Een slagvaardige overheid
		11.2	Europese samenwerking
		12.1	De Europese begrotingsafspraken

VVD	2002	1.OU	Ruimte voor ouderen
		1.CU	Ruimte voor cultuur
		1.DI	Ruimte voor diversiteit
		4.MO	Ruimte voor modern bestuur
		4.DE	Ruimte voor een democratische verantwoording
		4.GE	Geen ruimte voor criminaliteit
		4.MO	Ruimte voor een moderne publieke omroep
		4.CO	Ruimte voor een consistent asielbeleid
VVD	2002	5.EU	Ruimte voor Europees beleid
		5.ON	Ruimte voor Ontwikkelingssamenwerking
		5.DE	Ruimte voor Defensie
	2006	ALLES	ALLES
	2010	1.4	Pensioenen
		2.5	Cultuur
		4.1	De Overheid
		4.2	Veiligheid
		4.3	Integratie
		4.4	Immigratie
		4.6	Europa
		4.7	Defensie
	4.8	Ontwikkelingssamenwerking	

3. Analyseschema

Nummer	Hauptkategorie	Nummer	Unterkategorie
1.	Zustimmung der <i>volonté générale</i>	1.1	Souveränität (des Landes/des Volkes)
		1.2	Referenden
		1.3	„Man“ / „die Deutschen“ / „die Niederländer“
		1.4	Übrige Aussagen / nicht anders einzuordnen
2.	Elite als Feind darstellen	2.1	Anti-EU Verhalten
		2.2	Medienskepsis
		2.3	Gegen innere Macht
		2.4	Übrige Aussagen / nicht anders einzuordnen
3.	Eigene Gesellschaft voranziehen	3.1	Altenpflege
		3.2	Mehr Geld und Mittel für Polizei und Armee
		3.3	Islamkritik
		3.4	Kritik gegen Immigration
		3.5	Übrige Aussagen / nicht anders einzuordnen

4. Auswertung der Parteiprogramme

CDU/CSU 2009

Kapitel B I.2

Analysepunkt	Beispiele
3.5	Viele Bürger sind auf ein öffentliches Verkehrsangebot angewiesen, deswegen soll es vorgehalten werden (vgl. §1, S.23)

Kapitel B I.6

Analysepunkt	Beispiele
3.1	§3, S. 32
	§5, S. 32

Kapitel B II.4

Analysepunkt	Beispiele
2.3	„Ein generelles kommunales Wahlrecht für Ausländer lehnen wir ab ...“ (§5, S. 50)
3.5	„Gute Deutschkenntnisse sind Grundvoraussetzung für ...“ (§2, S. 49)
	„Der Wille zur Einbürgerung ist das aktive Bekenntnis zu unserem Land und das Bekenntnis zu den Werten unseres Grundgesetzes.“ (§4, S. 50)
	„Eine generelle Hinnahme doppelter Staatsbürgerschaften lehnen wir dabei ab.“ (§6, S. 50)

Kapitel B II.5

Analysepunkt	Beispiele
1.3	„Das reiche kulturelle Erbe ... prägt unsere nationale Identität.“ (§1, S. 52)

Kapitel B IV.1

Analysepunkt	Beispiele
2.3	„... wollen wir das Ausweisungsrecht konsequent vereinfachen. Ausländer müssen bereits bei einer Gefängnisstrafe von mindestens einem Jahr ... ausgewiesen werden können.“ (§2, S. 81)
3.1	„Eine „sichtbare“ Polizei verstärkt das Sicherheitsgefühl der Bürger, gerade auch der älteren Bürger.“ (§1, S. 79)
3.2	„In allen öffentlichen Räumen muss durch ...Verwahrlosung, Graffiti-Schmierereien ... vorgebeugt werden.“ (§4, S. 78-79)
	„Unser Ziel ist es daher, als Bund unseren Beitrag für einen zeitgemäßen Technologiestandard für ganz Deutschland zu leisten.“ (§1, S. 79)
	§4, S. 80
	§5, S. 80
3.4	„Wachsamkeit ist auch gegenüber dem Extremismus islamistischer Gruppen geboten...“ (§4, S. 82)

Kapitel B IV.3

Analysepunkt	Beispiele
2.1	„... fordern wir, einen grundsätzlichen Bürokratiecheck für europäische Entscheidung
	„Brüssel darf sich nicht einmischen wenn Aufgaben auf bundes0, landes0 oder kommunalpolitischer Ebene ausreichend oder besser geregelt werden können.“ (§6, S. 89)
3.5	„Wir setzen uns ... für die Stärkung der deutschen Sprache in Europa ein.“ (§5, S. 89)

2013

Kapitel 1

Analysepunkt	Beispiele
2.1	„Keine Schuldenunion, keine Transferunion“ (Titel §6, S. 9)
	„Wir wollen kein zentralistisch organisiertes und regiertes Europa.“ (§6, S. 10)
3.5	„Für viele in Europa und in der Welt ist Deutschland heute ein Vorbild, ...“ (§5, S. 8)
	„Wir setzen uns dafür ein, die deutsche Sprache in Europa weiter zu stärken.“ (§7, S. 10)

Kapitel 3.2

Analysepunkt	Beispiele
3.1	§5, S. 25
	§7, S. 25

Kapitel 3.8

Analysepunkt	Beispiele
3.1	§5, S. 37
	§9, S. 37
3.5	„... in den neuen Ländern wollen wir erproben und zeigen, wie eine Gesellschaft mit geringerer Bevölkerungszahl ... eine leistungsfähige Infrastruktur erhalten kann.“ „Die dabei gewonnenen Erkenntnisse werden auch für die betroffenen Regionen im Westen Deutschlands hilfreich sein.“ (§3-4, S. 37)

Kapitel 4.3

Analysepunkt	Beispiele
3.3	„Der Abschottung in ... islamischen Sondergerichten außerhalb unserer Rechtsordnung treten wir entschieden entgegen.“ (§9, S. 41)
3.4	„Ein allgemeines kommunales Wahlrecht für Ausländer lehnen wir ab.“ (§6, S. 41)
	„Eine Zuwanderung, die darauf gerichtet ist, die europäische Freizügigkeit zu missbrauchen und die sozialen Sicherungssysteme unseres Landes auszunutzen, lehnen wir ab.“ (§3, S. 42)
3.5	„Deutsch als gemeinsame Sprache schafft Identität und stärkt den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.“ (§3, S. 41)

Kapitel 4.6

Analysepunkt	Beispiele
2.1/3.1	„Eingriffe durch europäisches Recht auf die betriebliche Altersvorsorge werden wir verhindern und uns für den Erhalt unseres bewährten Systems einsetzen.“ (§12, S. 45)
3.1	„... eine Entwicklung der Renten, die Rentnerinnen ... verlässlich an der allgemeinen Einkommensentwicklung beteiligt ...“ (§7, S. 45)
	§13, S. 45
	§1, S. 46
	§2, S. 46
	§3, S. 46
	„Immer mehr Ältere wollen auch im Rentenalter beruflich aktiv bleiben. Das wollen wir unterstützen ...“ (§4, S. 46)

Kapitel 4.8

Analysepunkt	Beispiele
3.5	§4, S. 50

Kapitel 5.6

Analysepunkt	Beispiele
1.3	„Die deutsche Sprache ist wesentlicher Ausdruck unserer reichen Kultur.“ (§4, S. 64)

Kapitel 5.7

Analysepunkt	Beispiele
1.2	„CDU und CSU kommt es auf die Meinung der Bürger an, wir wollen, dass sich Bürgerinnen ... aktiv in Debatten einmischen.“ (§3, S. 67)
	„Durch Bürgerbeteiligung gewinnen alle ...“ (§7, S. 67)
	§8, S. 67

Kapitel 5.8

Analysepunkt	Beispiele
x	x

Kapitel 6.1

Analysepunkt	Beispiele
3.2	„Die Polizei muss die Möglichkeit erhalten, schnell auf Videoaufzeichnungen anderer ... zuzugreifen.“ (§3, S. 69)
	„Wir fordern mehr polizeiliche Streifenfahrten in besonders gefährdeten Wohngebieten.“ (§7, S. 69)
	„CDU und CSU wollen für eine angemessene Ausstattung der Polizeikräfte an den deutschen Grenzen ... sorgen ...“ (§3, S. 73)

Kapitel 6.2

Analysepunkt	Beispiele
x	x

2017

Kapitel G.GL

Analysepunkt	Beispiele
3.5	„Der Bund wird gemeinsam mit den Ländern Maßnahmen zur Schaffung einer neuen Strukturperspektive für die Regionen mit besonderem Entwicklungsbedarf ergreifen.“ (§4, S. 30)

Kapitel W.FA

Analysepunkt	Beispiele
1.4	„... keine Steuern zu erhöhen. ... Wir haben sogar Steuern gesenkt.“ (§6, S. 32)
	„... werden wir dafür sorgen, dass die Bearbeitung und Abgabe von Steuererklärungen überall in Deutschland grundlegend vereinfacht wird.“ (§5, S. 34)

Kapitel W.SI

Analysepunkt	Beispiele
1.3	„Wir verdanken den älteren Mitbürgerinnen ... in Deutschland sehr viel.“ (§6, S. 41)
	„Die Rentnerinnen und Rentner haben wieder Teil am wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes.“ (§4, S. 42)
3.1	§3, S. 43
	§4, S. 43

Kapitel W.PO

Analysepunkt	Beispiele
1.3	„Ältere und Senioren sind ein wertvoller Teil unserer Gesellschaft ... Ihre Lebenserfahrung und Rat sind uns wichtig.“ (§4, S. 44)
3.1	„CDU und CSU wollen Partner aller älteren Menschen in Deutschland sein.“ (§3, S. 44)
	§5, S. 44
	§6, S. 44

Kapitel W.KU

Analysepunkt	Beispiele
x	x

Kapitel EUR

Analysepunkt	Beispiele
x	x

Kapitel S.FÜ

Analysepunkt	Beispiele
1.3	„Das verdanken wir unserer Polizei, unseren Sicherheitsbehörden und Nachrichtendiensten.“ (§8, S. 59)
3.2	§3, S. 61
	§5, S. 61
	§6, S. 61
	§7, S. 61
	§8, S. 61
	§1, S. 62
3.5	„Die Union ist und bleibt die Partei der inneren Sicherheit.“ (§7, S. 59)

Kapitel S.ME

Analysepunkt	Beispiele
1.3	„CDU und CSU ist die Sicherheit unserer Bevölkerung und unserer Sicherheitsbehörden ein Herzensanliegen.“ (§3, S. 63)
3.4	§4, S. 62
	§6, S. 62
	§1, S. 63

Kapitel S.BU

Analysepunkt	Beispiele
1.3	„Wir stehen zur Bundeswehr, ihren Soldatinnen ... und ihren Zivilangestellten ...“ (§6, S. 64)
	„Die Bundeswehr kann nach 60 Jahren stolz auf ihre eigene erfolgreiche Geschichte und Traditionen sein.“ (§4, S. 65)
3.2	„Sie erhält jetzt mehr Personal, mehr modernes Material, eine ausreichende Finanzausstattung.“ (§1, S. 65)
	§2, S. 65
	„... haben wir ein neues Cyberkommando mit einem eigenen Cyberinspekteur aufgestellt.“ (§3, S. 65)
	§5, S. 65

Kapitel WA.GE

Analysepunkt	Beispiele
1.3	„... zu einem Deutschland, auf das wir stolz sein können.“ (§2, S. 70)
1.4	§4, S. 70
3.5	§7, S. 70
	„Die deutsche Sprache ist ein besonders wichtiger Teil unserer Identität und Leitkultur.“ (§1, S. 71)

Kapitel WA.CH

Analysepunkt	Beispiele
x	x

Kapitel WA.DA

Analysepunkt	Beispiele
x	x

FDP 2009

Kapitel 3.TE

Analysepunkt	Beispiele
3.2	„für die Schaffung einer zivilen nationalen Küstenwache ...“ (§7, S.28)

Kapitel 3.EX

Analysepunkt	Beispiele
3.3	„Der Islamismus ist somit weder mit dem Grundgesetz noch mit den Überzeugung der FDP vereinbar.“ (§7, S. 29)

Kapitel 3.KE

Analysepunkt	Beispiele
x	x

Kapitel 3.SE

Analysepunkt	Beispiele
3.1	„Ältere Menschen sollten so lange aktiv sein, wie sie selber wollen.“ (§6, S. 37)
	§7, S. 37
	§1, S. 38
	„Die FDP unterstützt ... neue quartiersbezogene Wohnkonzepte für generationenübergreifendes Zusammenleben und Selbsthilfegruppen.“ (§2, S. 38)

Kapitel 3.NE

Analysepunkt	Beispiele
2.2	„Das Internet ist ein freies Medium.“ (§5, S. 40)
	„Die FDP setzt sich für eine grundlegende Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ein.“ (§3, S. 41)
2.3	„Die so genannte Online-Durchsuchung lehnt die FDP strikt ab.“ (§5, S. 40-41)

Kapitel 5.MÜ

Analysepunkt	Beispiele
1.1	„Die FDP fordert die rechtliche Absicherung der Konsumentensouveränität ...“ (§6, S. 58)
2.3	„Die Möglichkeit der Behörden, abschreckende Gebühren für einfache Informationen zu erheben, ist zu unterbinden.“ (§4, S. 58)
	§1, S. 59
3.2	„Dazu muss das Luftfahrtbundesamt personell [<i>sic</i>] in die Lage versetzt werden, Verstößen nachzugehen und konsequent Sanktionen zu verhängen.“ (§2, S. 59)
3.5	„Liberale Verbraucherpolitik setzt auf eine Stärkung des Menschen im Markt und auf Schutz vor dem Markt.“ (§3, S. 58)

Kapitel 6.FD

Analysepunkt	Beispiele
2.4	„Diese Vertrauenskrise ist das Ergebnis einer Politik, die zuerst auf das vermeintliche Recht des Stärkeren anstatt auf die Stärke des Rechts setzt.“ (§3, S. 66)

Kapitel 6.DI

Analysepunkt	Beispiele
2.4	„Die Vereinte Nationen müssen reformiert werden in ihren Strukturen die politischen und ökonomischen Realitäten zu Beginn des 21. Jahrhunderts angemessen widerspiegeln.“ (§1, S. 69)

Kapitel 6.KO

Analysepunkt	Beispiele
1.2	„In den EU-Verträgen sollte die Möglichkeit verankert werden ... einen EU-weiten Volksentscheid herbeiführen können“ (S4, S. 70)
2.1	„Die FDP will, dass die Europäische Union demokratischer, verständlicher und handlungsfähiger wird.“ (§2, S. 70)

6.SE

Analysepunkt	Beispiele
3.2	§2, S. 73

6.BU

Analysepunkt	Beispiele
3.2	§5, S. 73
	„Deutschland benötigt hoch motivierte, sehr gut ausgebildete und mit modernster Bewaffnung ausgerüstete Streitkräfte.“ (§1, S. 74)

Kapitel 6.GU

Analysepunkt	Beispiele
2.3	„Eine Hauptursache für die Armut und für die Erfolglosigkeit politischer Reformen ist der Widerstand nationaler Eliten, die oft zu den Nutznießern undemokratischer Strukturen und ökonomisch ineffizienter Systeme gehören.“ (§3, S. 74)

Kapitel 7

Analysepunkt	Beispiele
1.1	„Wir wollen, dass alle Bürger ihre Freiheit in Verantwortung selbst gestalten können.“ (§5, S. 76-77)

2013

Kapitel I.VI

Analysepunkt	Beispiele
1.1	„Menschen sollen so weit wie möglich ... frei sein zu entscheiden, wo und wie sie leben wollen.“ (§4, S. 23)
3.1	„Im Alter wollen wir den Verbleib in den eigenen vier Wänden erleichtern ...“ (§4, S. 23)

Kapitel II.CH

Analysepunkt	Beispiele
2.3	„Vor unserem Eintritt in die Bundesregierung hat die Sozialpolitik in Deutschland ...“ (§3, S. 35)
3.1	„... haben wir die private Altersvorsorge gestärkt ...“ (§4, S. 35)
	§5, S. 36
	§2, S. 37

Kapitel III.BÜ

Analysepunkt	Beispiele
X	x

Kapitel III.VI

Analysepunkt	Beispiele
1.1	„Wir möchten, dass jeder in Deutschland seinen eigenen Weg gehen kann, ohne dabei bevormundet oder gegen seinen Willen in eine bestimmte Richtung gedrängt zu werden.“ (§8, S. 45)
3.1	§5, S. 46
	„Wo erforderlich, wollen wir bestehende Altersgrenzen überprüfen, um Menschen jedes Alters die Möglichkeit zu geben, sich in Dienst der Gesellschaft zu stellen.“ (§2, S. 47)

Kapitel III.EI

Analysepunkt	Beispiele
3.5	„Dazu gehört insbesondere die Bereitschaft, die deutsche Sprache zu erlernen sowie die vorbehaltlose Akzeptanz unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung.“ (§6, S. 48)

Kapitel III.KU

Analysepunkt	Beispiele
2.2	„... und deutlich niedriger als die heutige Rundfunkabgabe ausfallen.“ (§2, S. 52)
	„Zudem muss sich der öffentlich-rechtliche Rundfunk auf seine Kernaufgaben und einen eng zu verstehenden Bildungsauftrag konzentrieren.“ (§2, S. 52)

Kapitel IV.ME

Analysepunkt	Beispiele
1.1	„Die Menschen in unserem Land sollen ihren eigenen Weg gehen und sich frei entfalten können.“ (§8, S. 59)
1.2	„... Einführung des Bürgerplenarverfahrens, eines fakultativen Gesetzesreferendums und der verfassungsrechtlichen Verankerung von Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheiden eine entsprechende Grundlage schaffen.“ (§3, S. 60)
3.2	§2, S. 61
	„Damit die ... Arbeit der Polizei auch in Zukunft weiter geführt werden kann, braucht Deutschland eine vernünftige Sicherheitsarchitektur aus Behörden mit guter Ausstattung an Personal und Sachmitteln.“ (§4, S. 61)
	§5, S. 61

Kapitel VI.EU

Analysepunkt	Beispiele
2.1	„Wir plädieren für die Verkleinerung der Europäischen Kommission.“ (§6, S. 78)
	„Bürokratie und Zentralismus haben darin keinen Platz.“ (§8, S. 78)

Kapitel VI.VO

Analysepunkt	Beispiele
2.1	„Deshalb lehnen wir europäische Steuern ab.“ (§7, S. 81)
	„Eine gesamtschuldnerische Haftung für Staatsanleihen der Mitgliedstaaten, wie über Eurobonds oder einen Altschuldentilgungsfonds, lehnen wir ... ab.“ (§8, S. 81)

Kapitel VII.FR

Analysepunkt	Beispiele
3.2	„Wir wollen die Attraktivität des Dienstes weiter steigern. Die Gehaltshöhe, die Qualität ...sind dabei wesentliche Faktoren.“ (§5, S. 89)
	„Die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr muss durch eine entsprechende Finanzierung sicher gestellt sein.“ (§6, S. 89)
	§2, S. 90

2017

Kapitel V.CH.DI

Analysepunkt	Beispiele
x	x

Kapitel V.CH.OP

Analysepunkt	Beispiele
1.4	„Wir ... fordern eine Open-Data- und Open-Government-Strategie.“ (§1, S. 46)

Kapitel V.KU

Analysepunkt	Beispiele
x	x

Kapitel V.FL

Analysepunkt	Beispiele
1.3	„Wir ...wollen allen Bürgerinnen ... ein persönliches Vorsorgekonto anbieten.“ (§2, S. 60)
3.1	„Ab 60 entscheidet jeder selbst, wann er in Rente geht.“ (§1, S. 57)
	„Wer sich nicht gleich voll zur Ruhe setzen, sondern noch Teilzeit arbeiten möchte, sollte s auch einfacher haben als heute.“ (§1, S. 58)
	„Deshalb wollen wir alle Hinzuverdienstgrenzen neben dem Rentenbezug abschaffen.“ (§1, S. 58)
	„... All das muss ohne Nachteile für die eigene Alterssicherung möglich sein.“ (§1, S. 60)
	„Wir wollen eine solche Lösung für alle Konzepte der betrieblichen und privaten Altersvorsorge.“ (§1, S. 61)

Kapitel V.VE

Analysepunkt	Beispiele
3.4	„Für Kriegsflüchtlinge wollen wir einen eigenen Status schaffen ... der auf die Dauer des Krieges begrenzt ist.“ (§3, S. 68-69)
	„Dauerhafte Einwanderer wollen wir uns wie jedes andere Einwanderungsland selbst aussuchen.“ (§1, S. 69)
	„Wer kein Bleiberecht hat, muss konsequent abgeschoben werden.“ (§2, S. 69)
	„Außerdem, wollen wir für Flüchtlinge eine Ausnahme vom gesetzlichen Mindestlohn, wie für Langzeitarbeitslose einführen.“ (§2, S. 70-71)
3.5	„Wir ... treten für verbindliche Integration ein, mit dem Ziel, dass Einwanderer zu Verfassungspatrioten werden und sich mit unserer offenen Gesellschaft identifizieren.“ (§3, S. 69-70)

Kapitel S.EF

Analysepunkt	Beispiele
3.2	Es muss für Polizei und Justiz deutlich mehr Geld zur Verfügung stehen (vgl. §3, S. 78)
	„Eine vernünftige Personal- und Sachausstattung von Polizei und Justiz ist die effektivste Waffe im Kampf gegen Verbrecher (§3, S. 78)
	„Für Polizei und Justiz wollen wir ... eine Ausrüstung auf dem neuesten Stand der Technik.“ (§1, S. 79)
	„So muss insbesondere die Polizei den nötigen Freiraum für ihre zentralen Aufgaben bekommen.“ (§2, S. 79)
	„Wir ... wollen Videoüberwachung verantwortungsvoll einsetzen.“ (§1, S. 81)
3.3	„... lehnen wir auch die Einflussnahme aus dem Ausland durch die Finanzierung religiöser Vereine und Einrichtung ab, wie zum Beispiel durch die Türkei und Saudi-Arabien in Bezug auf bestimmte Moscheegemeinden.“ (§1, S. 83)

Kapitel F.AS

Analysepunkt	Beispiele
x	x

Kapitel F.EU

Analysepunkt	Beispiele
1.1	„... und den Rest den nationalen Ebenen überlassen.“ (§1, S. 109)
2.1	„Wir ... fordern institutionelle Reformen für mehr Transparenz und Effizienz in der EU.“ (§1, S. 109)
	„Ein Sitz in Brüssel ist dabei ausreichend.“ (§1, S. 109)
	„Ferner soll sich die Kommission nur um die Dinge kümmern, die besser auf europäischer Ebene geregelt werden...“ (§1, S. 109)
	„Wir sprechen uns hier nachdrücklich gegen eine Einflussnahme der Europäischen Union im Rahmen von verpflichtenden Rechtsakten aus.“ (§2, S. 109)

Kapitel F.EN

Analysepunkt	Beispiele
3.3	„... der Kampf gegen den internationalen islamistischen Terrorismus ...“ (§2, S. 114)
	„Wir ... fordern Maßnahmen gegen den radikalen Salafismus, einer ultrakonservativen Glaubensrichtung innerhalb des Islams.“ (§3, S. 114)

Kapitel F.SI

Analysepunkt	Beispiele
3.2	„Wir ... setzen uns für eine moderne Bundeswehr mit einsatzorientierten Strukturen ein ...“ (§1, S. 116)
	„Um den Personalbedarf weiterhin zu decken und junge Menschen für den anspruchsvollen Dienst zu gewinnen, muss die Attraktivität des Dienstes kontinuierlich verbessert werden.“ (§1, S. 116)

Kapitel P.RE.EU

Analysepunkt	Beispiele
x	x

Kapitel P.RE.IVE

Analysepunkt	Beispiele
x	x

Kapitel P.RE.GE

Analysepunkt	Beispiele
x	x

Kapitel P.GE.BE

Analysepunkt	Beispiele
2.1	„Wir ... fordern ein Ende der Niedrigzinspolitik der EZB.“ (§2, S. 133)
	„Der Grund für die Niedrigzinspolitik liegt vor allem am niedrigen Wachstum in der EU, das auf die massive Reformabstinentz in Europa zurückzuführen ist.“ (§2, S. 133)

Kapitel E.EF

Analysepunkt	Beispiele
1.3	„Wir ... wollen den Menschen den Umgang mit Behörden erleichtern und diese konsequent zu One-Stop-Shops ausbauen.“ (§3, S. 141)
1.4	§4, S. 141-142
	§2, S. 142

CDA
2002

Kapitel II.E

Analysepunkt	Beispiele
3.5	„Overdracht van leef- en leerregels, culturele en persoonlijkheidsvorming zijn essentieel.“ (§2, S. 22)

Kapitel II.10

Analysepunkt	Beispiele
2.3	„De NOS mag geen staatsomroep worden.“ (§2.10.4, S. 28)
3.5	§2.10.6, S. 28

Kapitel IV.2

Analysepunkt	Beispiele
3.2	„Het CDA will 10.000 rechercheurs, agenten voor de geüniformeerde dienst en toezichhouders extra...“ (§4.2.1, S. 37)
	„... hoge criminaliteitspercentages of met speciale omstandigheden ... krijgen hiervoor extra middelen toegewezen.“ (§4.2.1, S. 37)

Kapitel IV.3

Analysepunkt	Beispiele
3.2	§4.3.1, S. 38
	„De verplichting DANN af te staan, wordt uitgebreid ...“ (§4.3.3, S. 38)
	„Specialistische eenheden ... moeten worden versterkt.“ (§4.3.4, S. 38)
	„... opsporingsbevoegdheden van de politie verruimd.“ (§4.3.5, S. 38)

Kapitel IV.7

Analysepunkt	Beispiele
3.1	„Veel mensen, met name ouderen, voelen zich ... niet meer veilig.“ (§4.7.1, S. 39)

Kapitel IV.10

Analysepunkt	Beispiele
3.2	„De politie moet de bevoegdheid krijgen daders snel uit huis te verwijderen.“ (§4.10.2, S. 40)

Kapitel IV.11

Analysepunkt	Beispiele
3.2	§4.11, S. 41

Kapitel VI.1

Analysepunkt	Beispiele
2.3	„De Kamer moet voor zijn informatie minder afhankelijk worden van de regering.“ (§6.1.2, S. 53)

Kapitel VI.4

Analysepunkt	Beispiele
2.3	Ein Maximum von zwei Amtszeiten. (vgl. §6.4, S. 53)

Kapitel VIII.2

Analysepunkt	Beispiele
1.1	„De particuliere sector kann een grotere rol spelen ...“ (§8.2, S. 65)

Kapitel VIII.3

Analysepunkt	Beispiele
3.4	„Dit is tevens een investering in het voorkomen van migratie en asiel.“ (§8.3.1, S. 66)

Kapitel VIII.4

Analysepunkt	Beispiele
3.4	„Ongedocumenteerden worden niet toegelaten tot de procedure.“ (§8.4.1, S. 66)
	§8.4.3, S. 66

Kapitel VIII.5

Analysepunkt	Beispiele
3.4	„Opvang in de regio ...“ (§8.5, S. 67)

Kapitel VIII.7

Analysepunkt	Beispiele
3.4	§8.7.2, S. 67

Kapitel VIII.8

Analysepunkt	Beispiele
3.4	§8.8, S. 67

Kapitel VIII.9

Analysepunkt	Beispiele
3.4	„Een definitieve verblijfsvergunning wordt pas gegeven als het inburgeringstraject met succes is afgesloten.“ (§8.9.2, S. 68)
3.5	„... nieuwkomers dienen allereerst Nederlands te leren spreken en ... kennis van ... de samenleving op te bouwen.“ (§8.9.2, S. 68)

Kapitel VIII.11

Analysepunkt	Beispiele
3.2	§8.11.4, S. 70

2006

Kapitel 1.3

Analysepunkt	Beispiele
3.3	„Alle imams in Nederland moeten zich hebben geschoold in Nederlandse waarden en normen.“ (§1.3.5, S. 33)
3.4	„De aan de verplichte inburgeringstoest gestelde eisen worden daarom verhoogd ...“ (§1.3.2, S. 32)
3.5	„... gebaseerd op de Nederlandse traditie van vrijheid in verantwoordelijkheid.“ (§1.3.1, S.32)

Kapitel 1.4

Analysepunkt	Beispiele
1.1	§1.4.8, S. 35
3.2	„... de criminaliteit in 2010 met 25% zal zijn verminderd.“ (§1.4, S. 33)
	§1.4.6, S. 35
	„Er komt een wettelijke mogelijkheid voor gemeentelijke ambtenaren om boeters op te leggen voor het begaan van dergelijke overtredingen.“ (§1.4.9, S. 36)
	„Er wordt geïnvesteerd in omvang en kwaliteit van de rechercherende expertise ...“ (§1.4.16, S. 37)
	„Er wordt geïnvesteerd in nieuwe technologieën ...“ (§1.4.18, S. 37)
	„... moet het voor politie en justitie mogelijk zijn om financiële bewegingen beter te kunnen volgen.“ (§1.4.20, S. 38)

Kapitel 1.5

Analysepunkt	Beispiele
3.4	§1.5.1, S. 39-40

Kapitel 2.3

Analysepunkt	Zitat
2.2	„De objectiviteit en meerzijdigheid van de nieuwsvoorziening ... wordt bewaakt.“ (§2.3.3, S. 53)

Kapitel 5.1

Analysepunkt	Beispiele
2.2	§5.1.2, S. 95
	„... nieuw evenwicht nodig tussen Europese en nationale wetgeving: een goede afbakening ... is beter dan een vetorecht dat de besluitvorming ... voortdurend lam legt.“ (§5.1.3, S. 95)
	§5.1.4, S. 96
	Europäische Ausgaben sollen durch nationale Minister verantwortet werden (vgl. §5.1.8, S. 97)
	§5.1.10, S. 97

Kapitel 5.3

Analysepunkt	Beispiele
3.2	„... alsmede serieus invulling geven aan de rol van defensie in het kader van nationale veiligheid.“ (§5.3.1, S. 99)
	§5.3.6, S. 99

Kapitel 5.4

Analysepunkt	Beispiele
x	x

Kapitel 6.1

Analysepunkt	Beispiele
1.2	„Daarom blijft de zetelverdeling in de Tweede Kamer evenredig met het percentage stemmen dat de partijen halen bij de landelijke verkiezingen.“ (§6.1.2, S. 106)
1.3	„... stem in hun regionale kiesdistrict uitbrengen.“ (§6.1.2, S. 106)
3.5	„Wie politiek volwaardig will meedoen ... keuze moeten maken voor het Nederlands staatsburgerschap.“ (§6.1.5, S. 106)

Kapitel 6.2

Analysepunkt	Beispiele
1.1	§6.2.1, S. 107
2.3	§6.2.4, S. 107
	§6.2.5, S. 108

2010

Kapitel 2.3

Analysepunkt	Beispiele
3.2	„De mogelijkheden om criminele vreemdelingen versneld uit te zetten worden verruimd.“ (§2.3.11, S. 16)
3.4	Nicht kooperieren mit Integration, kann sorgen dass ein Immigrant keine Aufenthaltsgenehmigung bekommt (vgl. §2.3.1, S. 16)
	„Bij het toelaten van arbeidsmigranten zijn de behoeften van de Nederlandse arbeidsmarkt leidend.“ (§2.3.6, S. 16)
	§2.3.7, S. 16
3.5	„Nationale feestdagen als Koniginndag en de viering van 4 en 5 mei ...“ (§2.3, S. 15)
	„Van nieuwkomers mogen we verwachten dat zij een extra inzet leveren om hun plaats te vindne in de samenleving.“ (§2.3, S. 15)

Kapitel 2.4

Analysepunkt	Beispiele
3.2	§2.4.9, S. 18
	§2.4.10, S. 18-19
	„Daarnaast worden aan alle politiekorpsen en handhavers scannes beschikbaar gesteld om gestolen fietsen op te sporen.“ (§2.4.15, S. 19)
	§2.4.16

Kapitel 2.5

Analysepunkt	Beispiele
x	x

Kapitel 5.3

Analysepunkt	Beispiele
x	x

Kapitel 6.1

Analysepunkt	Beispiele
x	x

Kapitel 10

Analysepunkt	Beispiele
1.1	§10.2.4, S. 81
1.2	§10.1.1, S. 81
2.3	„... die leidt tot een kleinere en slagvaardige overheid met minder ambtenaren.“ (§10.2.2, S. 83)
	„Zelfstandige bestuursorganen en agentschappen ... waar mogelijk samenvoegen ...“ (§10.2.12, S. 84)
3.5	§10.1.8, S. 82

Kapitel 11.2

Analysepunkt	Beispiele
2.1	„De EU moet zich hard maken voor vermindering van de regeldruk en administratieve lasten voor burgers en bedrijven...“ (§11.2.2, S. 89)

Kapitel 12.1

Analysepunkt	Beispiele
x	x

VVD
2002

Kapitel 1.OU

Analysepunkt	Beispiele
3.1	„Ouderen moeten de gelegenheid krijgen te participeren...“ (§6, S. 16)
	„AOW ... welvaartsvast“ (§7, S. 16)
	„In uitzonderlijke gevallen is extra ondersteuning van de overheid nodig voor ouderen die moeten rondkomen van alleen AOW.“ (§7, S. 16)
	„Ouderen ... meer mogelijkheid een woning te kiezen die bij hun persoonlijke situatie past.“ (§1, S. 17)

Kapitel 1.CU

Analysepunkt	Beispiele
2.3	„... politici beperken zich tot een marginale toetsing van dit oordeel.“ (§9, S. 17)
3.5	„Ons cultureel erfgoed ... verdient bescherming.“ (§8, S. 17)

Kapitel 1.DI

Analysepunkt	Beispiele
3.5	Die niederländische Sprache sei eine Voraussetzung erfolgreicher Partizipation (vgl. §4 & § 6, S. 18).

Kapitel 4.MO

Analysepunkt	Beispiele
x	x

Kapitel 4.DE

Analysepunkt	Beispiele
1.4	„Over de besteding van publieke middelen en het gebruik van publieke instrumenten moet publieke verantwoording worden afgelegd.“ (§3, S. 41).
2.3	Nur ein Minister pro Department (vgl. §8, S. 40).

Kapitel 4.GE

Analysepunkt	Beispiele
3.2	Polizei soll finanziell optimal in der Lage sein die Kriminalität zu bestreiten und das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu erhöhen (vgl. §6, S. 41).
	Polizeieffizienz soll erhöht werden (vgl. §7, S. 41).
	§8, S. 41-42

Kapitel 4.MO

Analysepunkt	Beispiele
1.3	Bürger können selbst entscheiden welche Fernsehsender sie gucken (vgl. §5, S. 43).
2.2	Der öffentlich-rechtliche Rundfunk soll sich mit hochwertigen Programmen unterscheiden, momentan ist das nicht ausreichend (vgl. §5, S. 43).
	„... bijdrage van de overheid omlaag.“ (§7, S. 43)

Kapitel 4.CO

Analysepunkt	Beispiele
3.4	Asyl kann nur noch bei der UNHCR in der Regio des Herkunftslands angetragen werden (vgl. §1, S. 44).
	„De gratis rechtshulp voor asielzoekers wordt beperkt tot één beroepsprocedure.“ (§3, S. 44)
	„Per asielzoeker wordt maximaal één asielaanvraag in behandeling genomen.“ (§3, S. 44)
	§4, S. 44
	Illegales Aufenthalt (§7, S. 44)
3.5	Einwanderer soll so schnell wie möglich die niederländische Sprache gelernt werden (vgl. §6, S. 44)

Kapitel 5.EU

Analysepunkt	Beispiele
2.1	„Er dient geen aparte Europese militaire infrastructuur te worden opgebouwd die de NAVO-middelen doubleert.“ (§7, S. 47)

Kapitel 5.ON

Analysepunkt	Beispiele
2.3	Nur ein Minister pro Department (vgl. §6, S. 48). [Wiederholung]

Kapitel 5.DE

Analysepunkt	Beispiele
3.2	„... het budget met 0,1 miljard Euro verhoogd.“ (§5, S. 49)

2006

Seite 1

Analysepunkt	Beispiele
1.3	„Bijna elke Nederlander profiteert.“ (§AL)
	„Wij hebben in Nederland veel waar we trots op kunnen zijn.“ (§MA ²²)
2.3	„Nodig is een radicale vermindering van de bestuursdichtheid op alle niveaus: minstens een kwart kan eraf!“ (§EE)
3.1	„De AOW-leeftijd blijft bij de VVD staan op 65.“ (§AL)
3.2	Aggression gegen Polizisten, Krankenwagenpfleger, Schaffner: dreifache Strafe (vgl. §RE)

Seite 2

Analysepunkt	Zitat
1.3	„Wij, liberalen, hebben een enorm vertrouwen in de kracht van ieder mens.“ (§IN)
1.4	„In hun privédoelgebied komt mensen maximale vrijheid toe.“ (§IN)
2.3	„De overheidsbemoeienis moet ook anderszins minder.“ (§LE)
3.1	„Langer doorwerken na de pensionering moet kunnen.“ (§LE)
3.4	Saisonarbeiter sind durchaus einsetzbar, aber Familienzusammenführung und Sozialversicherungen sind nicht benutzbar (vgl. §LE).
3.5	„Niemand in onze samenleving hoeft in armoede te leven. Dat is een kwestie van beschaving.“ (§VA)

²² Mit „MA“ wird die Rede von Mark Rutte (im blauen Feld rechtsoben).

Seite 3

Analysepunkt	Beispiele
1.3	„Mensen moeten zelf kunnen beslissen waar en hoe ze wonen.“ (§JE)
3.1	„Dat betekent meer koophuizen bouwen, vooral voor ouderen ...“ (§JE)
3.2	„Er komt eindelijk een minister van Veiligheid.“ (§VE)
3.5	„De kinderopvang wordt voor werkende en ondernemende ouders gratis.“ (§KA)
	„Winkeliers krijgen toegang tot een landelijke database met foto's en gegevens van onverbeterlijke gauwdieven.“ (§VE)
	„Wie iemand op heterdaad aanhoudt, verdient betere wettelijke bescherming.“ (§VE)
	„Iemand die zich in zijn eigen huis verweert in geval van inbraak of diefstal, dient niet bij voorbat als verdachte te worden aangemerkt.“ (§VE)

Seite 4

Analysepunkt	Beispiele
1.1	„Want uiteindelijk is die burger de baas.“ (§WE)
1.1 / 1.2	„Het is tijd voor de gekozen burgemeester.“ (§WE)
1.3	„Zoals wij trots zijn ...“ (§ME)
	„Ons land moet ... opkomen voor zijn belangen.“ (§ST)
2.2	„Zo'n publieke omroep kann met één net minder opereren en moet besparen op overhead.“ (§ME)
2.3	„Uitgangspunt voor het openbaar bestuur is: regel zoveel mogelijk dichtbij de burger.“ (§WE)
	„De provincie beperkt zich tot ruimtelijke ordening, verkeer en milieu.“ (§WE)
	„De bestuurslaag ‚stadsdeelraden‘ worden afgeschaft.“ (§WE)
3.1	„In verpleeghuizen en thuiszorg wordt de regelzucht teruggedrongen.“ (§HE)
	Während des Bauens neuer Wohnungen, soll die Möglichkeit auf einem höheren Alter zuhause wohnen zu können berücksichtigt werden. (vgl. §WE)
3.2	„Nederland moet de beschikking blijven houden over een moderne krijgsmacht.“ (§ST)
3.4	„Daarom vraagt het nieuwe inburgeringsstelsel ... om Nederlands te leren en zich onze samenlevingsregels eigen te maken.“ (§AL)
	„Herhaalde asielaanvragen moeten worden voorkomen.“ (§AL)
	„Diegenen die te horen hebben gekregen geen verblijfsvergunning te krijgen, moeten Nederland daadwerkelijk verlaten.“ (§AL)

2010

Kapitel 1.4

Analysepunkt	Beispiele
3.2	„De VVD will een sterk pensioenstelsel...“ (§ 3, S.12)
	„geldt voor mensen die op hun 65e jaar al 45 jaar hebben gewerkt“ (§4, S. 12)
	„evenwichtige vertegenwoordiging van gepensioneerden in besturen van pensioenfondsen wordt opgenomen“ (§5, S. 12)
3.5	„De VVD will deze termijn optrekken tot tien jaar“ (§ 6, S.12)

Kapitel 2.5

Analysepunkt	Beispiele
2.2	„De VVD ziet slechts een beperkte taak voor de overheid op het terrein van de media. ... Voor de invulling van de publieke taak kan wordenvolstaan met hoogstens twee algemene tv-netten en vier radiozenders.“ (§9, S.22)
	„De overheid dient een terughoudende rol te spelen bij het reguleren van internet.“ (§1, S. 23)

Kapitel 4.1

Analysepunkt	Beispiele
1.1 / 1.2	„De VVD is voor een rechtstreeks door de bevolking gekozen burgemeester“ (§2, S. 31)
2.4	§1, S. 30
	§2, S. 30
	§3, S. 30

Kapitel 4.2

Analysepunkt	Beispiele
1.3	„Voor de VVD is het onaanvaardbaar dat mensen zich onveilig voelen in hun huis of buurt.“ (§6, S. 32)
3.2	„3500 extra agenten“ (§5, S. 31)
	„de 26 korpsen samenvoegen tot één ‚Politie Nederland‘.“ (§2, S. 32)

Kapitel 4.3

Analysepunkt	Beispiele
3.4	§2, S. 34
	„De VVD will de toegang tot de sociale zekerheid voor vreemdelingen beperken.“ (§4, S. 34)

Kapitel 4.4

Analysepunkt	Beispiele
2.1	„Europese afspraken ... moeten het restrictieve Nederlandse beleid ondersteunen, niet tegenwerken.“ (§1, S. 37)
3.4	§1, S. 36
	§2, S. 36
	„Opvang van vluchtelingen dient plaats te vinden in de regio.“ (§2, S. 37)

Kapitel 4.6

Analysepunkt	Beispiele
2.2	„Europa moet zich daarom op de kerntaken richten.“ (§1, S. 38)
	„... nut en noodzaak van nieuwe Europese regelgeving scherp tegen het licht gehouden...“ (§3, S. 38)

Kapitel 4.7

Analysepunkt	Beispiele
3.2	„... en draait daarom de voorgenomen bezuinigingen op de krijgsmacht terug.“ (§4, S. 39)
3.5	„... veteranenwet.“ (§4, S.40)

Kapitel 4.8

Analysepunkt	Beispiele
3.5	„De VVD will de omvang van het ontwikkelingsbudget halveren ...“ (§7, S. 40)
	→ „... economische groei in de private sector gestimuleerd dient te worden uit het budget van ontwikkelingssamenwerking.“ (§1, S. 41)

5. Auswertungstabelle

Nummer		CDU/CSU			FDP			CDA			VVD		
		2009	2013	2017	2009	2013	2017	2002	2006	2010	2002	2006	2010
1.	1.1	0	0	0	2	3	1	1	2	1	0	1,5	0,5
	1.2	0	3	0	1	1	0	0	1	1	0	0,5	0,5
	1.3	1	1	8	0	0	2	0	1	0	1	5	1
	1.4	0	0	3	0	0	3	0	0	0	1	1	0
Subtotal		1	3	11	3	4	6	1	4	2	2	8	2
2.	2.1	2	2,5	0	1	4	6	0	0	1	1	0	1
	2.2	0	0	0	2	2	0	0	6	0	2	1	4
	2.3	2	0	0	4	1	0	3	2	2	3	5	0
	2.4	0	0	0	2	0	0	0	0	0	0	0	3
Subtotal		4	2,5	0	9	7	6	3	8	3	6	6	8
3.	3.1	3	10,5	5	4	6	5	1	0	0	4	5	0
	3.2	4	3	10	5	6	7	9	7	5	4	3	6
	3.3	0	1	0	1	0	3	0	1	0	0	0	0
	3.4	1	2	3	0	0	4	7	2	3	5	4	5
	3.5	5	5	4	1	1	1	3	2	3	3	4	3
Subtotal		13	21,5	22	11	13	20	20	12	11	16	16	14
		CDU/CSU			FDP			CDA			VVD		
		2009	2013	2017	2009	2013	2017	2002	2006	2010	2002	2006	2010
TOTAL		18	27	33	23	24	32	24	24	16	24	30	24